

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. Im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungss- und 72 Pf. Poststellgebühren. Auslandsabonnement 6,- M. pro Roman; für Länder mit ermäßigtem Druckschensatz 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Berliner „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitig komparativelle 80 Pf. Monatshefte 8,- M. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Blatt 25 Pf. wöchentlich zwei Freitagabende, jedes weitere Blatt 12 Pf. Kabatt H. L. Zeitl. Zeitungshefte das erste Blatt 15 Pf. jedes weitere Blatt 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verl.-Dr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die Stockung wächst!

Gefahr im Verzug! — Die Reichsbank muß handeln!

Die Stockungen und Störungen des Zahlungs- und Kreditmechanismus der deutschen Wirtschaft dauern nunmehr bereits zweieinhalb Wochen an. Die neue Notverordnung bringt nur unwesentliche Ausflosierungen des Zahlungsverkehrs; die notwendigen Maßnahmen und Vorbereitungen zur vollen Freigabe des Zahlungs- und Ueberweisungsverkehrs sind noch immer nicht getroffen. Indessen gerät das Räderwerk der Wirtschaftsmaschinerie infolge des gestörten Zahlungsverkehrs noch weiter ins Stocken. Die fälligen Zahlungen bleiben aus, der Auftragseingang stockt, die wirtschaftlichen Umsätze schrumpfen weiter ein; die Steuereingänge sind völlig unzulänglich, den öffentlichen Finanzen drohen neue Schwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung selbst der ohnehin bereits gewaltig reduzierten Beschäftigung der Betriebe scheint infolge der unzureichenden Betriebsmittelversorgung und der weiteren Lähmung der Wirtschaft gefährdet. Solange die Unsicherheit und die Unklarheit der Zahlungsverhältnisse andauern, kann die notwendige Beruhigung nicht eintreten. Neue Gefahr ist im Verzuge! Die Reichsbank und die Reichsregierung müssen endlich mit der Politik des Zauderns und der Halbheiten Schluss machen, müssen volle Arbeit leisten, damit endlich der Zahlungsverkehr wieder in Gang gesetzt wird.

Ohne weitere Verzögerung muß der normale Zahlungs- und Ueberweisungsverkehr, ein funktionsfähiges Bank- und Kreditwesen wieder hergestellt werden. Nicht einmal der Ueberweisungsverkehr für größere Kapitalbeträge, auf dem die ganze Wirtschaftstätigkeit der Großunternehmungen ruht, ist bis heute zustande gebracht worden. Die Banken waren selbst nicht fähig dazu, diesen wieder zu organisieren; die Banken, die sich stärker fühlten, scheuten sich, das Risiko für die mutmaßlich Schwächeren einzugehen. Reichsbank und Reichsregierung müssen noch einmal den Versuch machen, daß sofort der gesamte Ueberweisungsverkehr einschließlich der entscheidend wichtigen Großüberweisung wieder flott gemacht wird. Wenn auch hier sich ein endgültiges Versagen der Banken herausstellen sollte, so müßte notfalls unter Mithilfe des Reichs die Rückkehr zum störungsfreien Ueberweisungsverkehr bewerkstelligt werden.

Nachdem das private Bankwesen bereits in so großem Umfange vom Reich gestützt werden mußte, nachdem das Reich große Risiken und Garantieleistungen für die privaten Banken übernommen hat, erscheint es uns allerdings bereits als eine Selbstverständlichkeit, daß sich das Reich durch Aufsichtsorgane gegenüber den Banken hinreichende Möglichkeiten des Einblicks und der Einflusses schafft. Ohne diese Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen erscheint uns ein derartig großes Engagement, wie es das Reich eingegangen ist, schon jetzt kaum mehr verantwortbar.

Den Großbanken gegenüber hat das Reich alle nur erdenklichen Hilfsleistungen gewährt. Dem privaten Bankwesen hat man soeben durch die Zwischenschaltung der Akzept- und Garantiebänk mit erheblichem Risiko für das Reich die Möglichkeit zu neuer Geldbeschaffung gegeben. Für das öffentliche Bankwesen dagegen ist so gut wie nichts geschehen. Man wird es im Volke nicht begreifen können, daß man mit nicht überschaubaren Risiken einseitig den Großbanken und ihrem Kundenzirkel Hilfe leistet, dagegen die völlig risikolosen Ueberbrückungsmaßnahmen für die Sparkassen und die sonstigen öffentlichen Banken bis heute nicht getroffen worden sind. Soll etwa den Sparkassen, die den Betriebsmittelbedarf der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden befriedigen, die die Spargrößen der kleinen Leute betreuen und nach gesetzlichen Vorschriften vollwirtschaftlich vordringlichen Anlagezwecken zuführen, die selbstverständliche augenblickliche Liquiditätshilfe verweigert werden? Wir möchten eine derartige Einstellung der Reichsbank und der Reichsregierung — eine einseitige Begünstigung der Großbanken, der größeren Unternehmungen und der großen Kapitalbesitzer, dagegen Interesslosigkeit gegenüber den öffentlichen Banken, gegenüber den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und den Sparermassen der erwerbstätigen Bevölkerung — für unmöglich halten. Die breiten Massen haben trotz der Leiden, Sorgen und Benützung der letzten Zeit noch immer eine erstaunliche Selbstdisziplin an den Tag gelegt, aber auch das Volk sieht, was hier vorgeht!

Wir fordern, daß unverzüglich den öffentlichen Banken der Anschluß an den Wechselverkehr ermöglicht wird, daß sie

Deutsch-englische Besprechungen.

Persönliche Fühlungnahme soll fortgesetzt werden.

Umlich wird mitgeteilt:

Die Besprechungen zwischen Brüning, Curtius, Macdonald und Henderson, die heute vormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden heute nachmittag in einem weiseren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet.

Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umzusetzen wären. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen werden könnten. Die Inkraftsetzung des internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde in Erwägung gezogen. Das Abrüstungsproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.

Die Besprechungen trugen einen außerordentlich freundschaftlichen Charakter und es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die persönliche Fühlungnahme, die durch die Zusammenkünfte in Chequers, Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurde, fortgesetzt und ausgebaut werden müßte.

Zusammenkunft bei Otto Braun.

Die Mitglieder der englischen Arbeiterregierung verbrachten die Mittagsstunden des Dienstag bei dem preussischen Ministerpräsidenten. Anwesend waren neben dem Gastgeber und den beiden Ehrengästen die aus Wien für einen Tag zurückgekehrten Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wels und Breitscheid, Reichsminister a. D. Dr. Hilferding, der preussische Innenminister Severing, der Kultusminister Grimme, die Staatssekretäre des Handelsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums Staudinger und Krüger, der sächsische Gesandte Gradnauer, der Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik Raphaeli.

Am Nachmittag waren die englischen Gäste und Otto Braun auf Einladung des Reichskanzlers auf den Seen in der Umgebung Berlins, wobei die Vormittagsbesprechungen über die politische Gesamtlage fortgesetzt wurden.

Henderson aus Berlin abgereist.

Der englische Außenminister Henderson hat am Dienstagabend um 21.59 Uhr mit dem Nordpöckel Berlin wieder verlassen. Nach den bisherigen Dispositionen wird Macdonald Mittwochvormittag Berlin im Flugzeug verlassen.

Kampf für Abrüstung.

Die Dienstag-Sitzung des internationalen Kongresses.

Wien, 28. Juli. (Eigenbericht.)

In der Dienstagssitzung des internationalen Kongresses führten Möller-Schweden und Albara-Holland den Vorsitz. Der internationale Sekretär Friedrich Adler teilte mit, daß eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen sei, darunter auch von sozialistischen Parteien, die der Internationale noch nicht angeschlossen seien, so von Irland, Südafrika und Kanada.

Unter lebhaftem Beifall ergriff dann

Hogi-Japan

das Wort, der in englischer Sprache die Solidarität der japanischen Sozialdemokratie mit der Internationale verkündete und eine Botschaft des japanischen Parteivorstandes Professor Abe verlas: „Wir entbieten den Bruderparteien, den Vorkämpfern des Sozialismus, Grüße und Glückwünsche. Auch wir leiden unter der Spaltung der Arbeiterchaft, aber wir halten unerbürdlich daran fest, daß nur der Weg der Demokratie zum Sozialismus führt und zur Befreiung des Proletariats. Die japanische Arbeiterbewegung ist besonders gefördert worden durch die russische Revolution von 1917 und durch den Bahisieg der englischen Arbeiterpartei von 1924. Unsere Augen sind gerichtet auf das, was die britische Arbeiterregierung an sozialistischer Aufbauarbeit leistet.“

Otto Friedländer-Berlin

Spricht für die sozialistische Studenteninternationale: „Unsere Organisation besteht seit 1926. Ihre Mitgliederzahl ist inzwischen von 4500 auf 10 000 gestiegen. Der Intellektuelle ist mehr und mehr zum Angestellten geworden und eingereiht in das große Heer der Schaffenden. Er befindet sich in den Reihen der Arbeiterchaft. Der auf den Hochschulen herrschende Faschismus ist die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung. Von den etwa 130 000 reichsdeutschen Studierenden sind mindestens 60 Proz. faschistisch gesinnt. Das sind die künftigen Ärzte und Richter des deutschen Volkes. Wir müssen alle Kraft zur Bekämpfung dieser Gefahr aufwenden. In Ostaußen konnten wir dazu beitragen, daß 15 Freunde vom Tode gerettet wurden. Auch ist der polnische Genosse Gloskoj durch unsere Bemühungen vor dem Gefängnis bewahrt worden. Wir protestieren auch hier gegen die Verfolgung unseres Genossen Louis Molin, der vor das faschistische Sondergericht kommen soll und fordern Sie auf, sich unserm Protest gegen diese Anechtung der Wissenschaft und gegen dieses Unrecht anzuschließen.“ (Lebhafte Beifälle.)

Anschließend wird die Abrüstungsdebatte fortgesetzt. Vom Kongreß lebhaft begrüßt spricht zunächst der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers Arthur Henderson.

Philipp Baker:

„Wir wollen eine Welt erkämpfen, die frei ist vom Kriege. Die Abrüstung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Von den Regierungen, die den Kriegsschuldungspakt unterzeichnet haben, verlangen wir, daß sie die Folgerung ziehen und ihr feierliches Gelöbnis erfüllen,

die Waffen zu strecken, die nun nutzlos geworden sind.

Wir stellen den Völkern und in den Dienst der Abrüstung. De Brouckere und Arthur Henderson haben gezeigt, was Männer von Mut für die Förderung der Abrüstung auch im Völkerbund tun können. Jeder Sozialist muß es als seine Aufgabe ansehen, ein Wächter des Völkerbundes zu sein, damit dieser seine Aufgabe, die Abrüstung durchzuführen, besser erfüllt als in der Vergangenheit. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Staaten und Völker in bezug auf die Abrüstung. Unsere deutschen Freunde machen wir darauf aufmerksam, daß General von Seeckt vor einigen Wochen erklärt hat, wenn die Abrüstungskonferenz nicht sofort für alle Staaten die gleiche Abrüstung vorschreibe, wie sie für Deutschland besteht, müsse Deutschland die volle Abrüstungsfreiheit sich wieder nehmen.

Nicht in der Aufrüstung der besiegten Länder, sondern in der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen liegt der Fortschritt.

Es wird nicht lange dauern, bis die Abrüstung in den anderen Staaten soweit gebracht ist, wie bei den seinerzeit besiegten Ländern. Wir schließen uns vollkommen der Forderung von Jouhaux an, daß die Entwaffnung international kontrolliert werden muß, und daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, in den Rüstungsabriken die genaue Beachtung der Einschränkungsbedingungen zu überwachen und durchzusetzen. Der deutsche Rüstungsindustrielle von Gontard hat gezeigt, wie man aus Blut Gold machen kann. Vor dem Kriege hat er mit der französischen nationalistischen Presse konspiziert und es ist ihm gelungen, in den „Figaro“ und in das „Echo de Paris“ Artikel hineinzubringen, die die reiche Aufrüstung der französischen Armee mit Maschinen-gewehren schilderten, wodurch auch Deutschland zur Nachahmung gebracht wurde und Gontard goldbringende Aufträge erhielt. Dieser Mann hat aber seinen Angestellten Bullerjahn auf viele Jahre ins Zuchthaus gebracht. Unter Sozialisten kann kein Zweifel darüber

mit Hilfe der Spitzeninstitute und unter Einschaltung der Akzept- und Garantiebänk und evtl. unter Hergabe zusätzlicher Sicherungen Zahlungsmittel von der Reichsbank erhalten können. Zum mindesten müssen die Sparkassen und öffentlichen Banken in der gleichen Stunde, zu der die privaten Banken wieder den vollen Zahlungsverkehr aufnehmen sollen, instandgesetzt werden, in vollem Umfange die Abhebungen befriedigen zu können. Das ist nicht nur ein selbstverständliches Gebot der Gleichberechtigung, sondern auch eine

Voraussetzung zur Beruhigung und Entspannung der gesamten Lage und eine Voraussetzung zur Wiederherstellung des Vertrauens.

All diese Maßnahmen dulden keinen Aufschub mehr. Deckungsgrenze und Diskonthöhe dürfen kein Hindernis sein. Es ist lange genug zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft und der öffentlichen Banken gezögert worden. Reichsbank und Reichsregierung müssen unverzüglich in der aufgezeigten Richtung handeln!

sein, wer eher ins Zuchthaus gehört, der Industrielle, der mit dem Ausland gegen das eigene Land konspiziert, oder der Angestellte, der vielleicht seine Angestelltenpflicht verletzt hat, um die Ehre seines Landes zu retten. Wir verlangen in der Entschliessung ein internationales Verbot der Bestrafung von Enthüllungen über verbotene Rüstungen, um solche Urteile, wie sie gegen Bullerjahn und gegen viele andere ergangen sind, in Zukunft unmöglich zu machen. Wir wollen laut unserer Entschliessung ein so großes Maß von Abrüstung erkämpfen als gegenwärtig nur zu erkämpfen ist.

Wenn man diese Beschränkung auf das Mögliche als unzureichend oder gar als einen Verrat bekämpft, so treibt man geradezu Defaitismus im Angesicht des Feindes. Man verlangt von uns, daß wir ohne Rücksicht auf die anderen Länder vollkommen abrüsten, aber es ist klar, welche Schwierigkeiten einem solchen Vorschlag gegenüberstehen. Es ist lächerlich zu behaupten, daß die Erfüllung unserer Forderungen nichts bedeuten würde. Wir müssen, wie die Resolution weiter verlangt, eine weltumfassende Propaganda entwickeln. Nur unebrüchlicherweise kann man bestreiten, daß die Erfüllung unserer Entschliessung keinen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung bedeuten würde. Sie würde aller Prestigepolitik einen schweren Stoß versetzen.

Unser bürgerlichen Gegnern geht unser Programm sicherlich viel zu weit, indem wir eine wirkliche Einschränkung der Rüstungen fordern. Die englische Flotte ist von zwei Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen herabgesetzt worden, weitere Einschränkungen sind bereits im Gange. Bei dem letzten Luftmanöver von 1500 Flugzeugen über London, dem ich von der Terrasse des Unterhauses zusah, konnte ich mich eines grauenhaften Schreckens nicht erwehren, wie das im Ernstfalle aussehen würde. Und ich habe mich gefragt, was die gerade in London versammelten Minister einer ganzen Anzahl großer Staaten dabei gefühlt haben!

Nach den Erklärungen von Fachleuten würde ein solches Aufgebot von Flugzeugen eine derartige Vernichtung anrichten, daß von London nicht viel übrig geblieben wäre. Wir fordern in der Entschliessung auch die radikale Verwirklichung des Verbotes gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg.

Wir werden die Regierungen, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten sind und die die Abrüstung erschweren oder bekämpfen, als Todfeinde der Menschheit ansehen und sie dementsprechend bekämpfen. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde eine sehr traurige Epoche für die Menschheit anbrechen lassen.

Der französische Ministerpräsident, selbst ein Konservativer, hat vor kurzem erklärt, daß er das Heil nur in der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich sieht, worin die einzige Garantie für die Sicherheit Frankreichs liege. Damit ist die letzte Rechtfertigung für die Rüstungen verschwunden und die einzige Lösung ist natürlich die Abrüstung. Es wäre ein furchtbarer Vankrott für die Welt, wenn die Konferenz scheiterte. Die internationale sozialistische Arbeiterkraft muß dafür sorgen, daß die Konferenz zu einem Erfolg wird." (Stürmischer Beifall.)

Anderfen-Dänemark:

Die Kriegsgefahr wurzelt in den Resten des alten Systems, die noch eine erschreckende Macht haben.

Wir würden heute nicht vor der Abrüstungskonferenz stehen, wenn nicht die sozialistische Arbeiterklasse seit Jahren ununterbrochen einen Druck auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung ausgeübt hätte.

Wir kleineren Völker haben keine Hoffnung, uns durch Waffengewalt zu behaupten. Wir sehen unsere Freiheit nur dann unbedroht, wenn auch die großen Mächte abgerüstet haben. Wir in Dänemark sind eben daran, unsere Wehrmacht in eine Grenz- und Seepolizei umzuwandeln. Die Gesamtstärke soll 16 000 Mann betragen, und zwar sollen jährlich 1800 Mann durch vier bis fünf Monate ausgebildet werden und dann 12 Jahre zur Verfügung stehen — was aber nur für diejenigen gilt, die nicht vorher mitgeteilt haben, daß sie von diesem Dienst befreit sein wollen. Aus den übrigen über zwanzigjährigen sollen die Einzugstellenden ausgelost werden. Durch dieses System glauben wir die Bildung eines Berufsheeres zu verhindern. Außerdem sollen alle privaten Militärverbände jeder Art verboten und aufgelöst werden.

Wir protestieren gegen die schamlosen Verleumdungen, die in gewissen auch französischen Zeitchriften erschienen sind und die behaupten, daß Dänemark mit seiner Seepolizei die Welle für die französische Flotte auf alle Fälle offen halten müßte, wenn sie einem Freunde Frankreichs in der Ostsee beizufallen hätte.

Wir wollen uns in Kämpfe anderer Staaten niemals einmischen, auch wenn Sir Austen Chamberlain einem dänischen konservativen Journalisten eine ähnliche Vermutung ausgesprochen hat, wie eben die französischen Zeitchriften. Das dänische Volk wird sich niemals in irgendwelchen fremden Kriegsdienst verwenden lassen und die sozialdemokratische Presse der großen Länder sollte mit Rücksichtlosigkeit alle Anschläge gegen die dänische und gegen die allgemeine Abrüstung vereiteln." (Lebhafter Beifall.)

Rirkwood

von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sprach überaus temperamentvoll und unter satirischen Ausfällen auf die britische Arbeiterregierung und auf die Arbeiterpartei in dem Sinne, daß England ohne Rücksicht auf die Abrüstung der anderen selbst abrüsten müsse. Er machte MacDonald einen besonderen Vorwurf daraus, daß er mit Lloyd George und Baldwin zusammen auf einer großen Abrüstungskonferenz in der Albert Hall gesprochen hat, was von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses mit Heiterkeit aufgenommen wird. Die Schlusshaufforderung der Redners, keinerlei Kompromisse zu schließen und einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, findet den Beifall einer ziemlich kleinen Minderheit.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses wird erst am Donnerstag abgehalten. Die Abrüstungsdebatte soll dann beendet werden.

Sitzung der politischen Kommission.

Distussion über Otto Bauers Referat.

Wien, 28. Juli. (Eigenbericht.)

In der politischen Kommission des Internationalen Kongresses wurde am Dienstag über das Referat Otto Bauers mitz. distutiert. Es sprachen der englische Unabhängige Stephens, Leon Blum - Frankreich, Dr. Leo Winter - Prag und als letzter mit herzlichem Beifall begrüßt Dr. Hermann Liebermann - Warschau, der das Opfer des Pilschitzischen Schandregimes in Brent Litovsk gewesen ist. In der sehr hochstehenden Debatte spielte auch eine Erörterung über die Friedensverträge eine große Rolle. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Es wird wahrscheinlich eine Unterkommission zur Zusammenarbeit einer Kundgebung eingesetzt werden. Auch die anderen Kommissionen setzen am Mittwoch ihre Arbeiten fort.

Volksentscheid der Bankrotteure.

Hugenberg nimmt die Bundeshilfe der Kommunisten an. — Volksentscheid für die bankrotten Kapitalisten.

Hugenberg läßt einen Aufruf für den schwarzweißroten Volksentscheid veröffentlichen, in dem er die Bundeshilfe der Kommunisten für den faschistischen Sturm auf Preußen annimmt. Der Aufruf beginnt:

„Ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung ist eingetreten. Mancher hat bisher am Erfolge des Stahlhelm-Volksbegehrens gezweifelt. Es schien ausgeschlossen, die Hälfte der preussischen Stimmberechtigten für irgendeinen Volksentscheid auf die Beine zu bringen. Das ist jetzt anders.“

Jetzt scheint es Herrn Hugenberg nicht mehr ausgeschlossen zu sein — durch die Hilfe der Kommunisten! Die kommunistische Partei hat bei den innerlich bankrotten Faschisten neue Hoffnungen erweckt. Dies Beständnis Hugenbergs enthält rücksichtslos die schmähvolle Rolle der Kommunisten als Handlanger der Reaktion!

Der weitere Inhalt des Aufrufs ist der Versuch eines frechen Volksbetruges, ein Hohln auf die Notleidenden und Erwerbslosen in Deutschland:

„Not und Elend ringsum — Millionen von Arbeitslosen — Zusammenbrüche nunmehr auch großer Wirtschaftsunternehmen — Geldkrise — unerträgliche Steuerlasten und -strafen — Gehaltskürzungen der Beamten — Verzweiflung des Arbeiters, Gewerbetreibenden und Bauern — Kürzung selbst des Ehren- und Opferlohnes der Kriegsbeschädigten. Alles, wie wir es vorausgesagt haben.“

Rein, nicht, wie sie es vorausgesagt haben, sondern wie sie es gewollt und herbeigeführt haben! Denn Hugenberg — das ist der Vertreter des deutschen Faschismus, der systematisch den Kredit Deutschlands unterwühlt und gegen die deutsche Währung gearbeitet hat.

Hugenberg — das ist der Vertreter der Katastrophentreiber, die Not und Arbeitslosigkeit in Deutschland verursacht haben. Hugenberg — das ist der Mann des Kapitalismus, der Bundesgenosse der Wirtschaftsverbrecher, die den Niederbruch herbeigeführt haben.

Es ist allerdings eine Wendung in der öffentlichen Meinung in Deutschland eingetreten, ein großes Erwachen! Es ist eine Wendung gegen den Kapitalismus, gegen die falschen Heilsrezepte der deutschen Wirtschaftsführer und gegen ihre politischen Landknechte! Die Schuldigen an der Not heucheln jetzt Mitleid mit ihren

Opfern, um sie für die Ablenkungsmanöver des schwarzweißroten Volksentscheids einzufangen. Hugenberg, dessen Konzern bei der Danabank mit 23 Millionen verschuldet ist, der Gesinnungsfreund des Wirtschaftsverbrechers Lahusen, ruft die Arbeitslosen und die Notleidenden zu einer Aktion für den Kapitalismus und für die bankrotten Wirtschaftsführer — damit die Katastrophe noch größer werde, Not und Arbeitslosigkeit restlos über das ganze Volk komme!

Das ist der Sinn des schwarzweißroten Volksentscheids — und dafür sollen die kommunistischen Arbeiter eintreten. Sie sollen helfen, den Entrüstungsturm des Volkes gegen die Schuldigen an der deutschen Krise, gegen die bankrotten Wirtschaftsführer und die Faschisten aufzufangen. Seite an Seite mit Hugenberg für die faschistische Diktatur!

Hugenberg hat diese Bundeshilfe gnädig angenommen — die Schande der Kommunisten ist besiegelt!

Das Anstandsgefühl der Bankrotteure.

Ausgerechnet in der rechtsradikalen Zeitschrift „Der Ring“ finden wir die folgende Betrachtung über die sogenannten Wirtschaftsführer:

„Weiter muß verlangt werden, daß Männer, die nicht den Beweis erbracht haben, mit den in heutiger Zeit gesteigerten Schwierigkeiten in der eigenen Geschäftsführung fertig zu werden oder deren vorübergehende Scheinerfolge auf der Ausnutzung einer Konjunkturbewegung beruhen, daß diese Männer ein Anstandsgefühl besitzen, ihre Ratschläge selber zurück zu halten. Gerade nach der Erfahrung der letzten Zeit sieht es hier noch nicht sehr hoffnungsvoll aus.“

Das ist ein Schuß ins Schwarze. Er fikt, und er trifft besonders die deutschen Schwerindustriellen! Was aber das Anstandsgefühl anbetrifft, das hier von ihnen gefordert wird, so kann man nur eines feststellen: Fehlanzeige!

Die Knechte des Adelsmarschalls.

„Der Adelsmarschall“ von Berg-Markienen — Wilhelm Beschäftigter in Deutschland — fordert in der „Kreuz-Zeitung“ den „deutschen Adel in Preußen“ auf, für den schwarzweißroten Volksentscheid zu stimmen.

Wir empfehlen ein Inserat in der „Roten Fahne“.

Am Schandpfahl der Geschichte.

Die Kommunisten als Verbündete der Reaktion.

Die Geschichte der kommunistischen Partei bietet interessante Parallelen zu der offenen Hilfsstellung, die die KPD zur Unterstützung des faschistischen Volksbegehrens bezogen hat. Im Jahre 1925, anlässlich der Wahl des Reichspräsidenten, fand im Zusammenhang mit der Herrschaft der „ultralinken“ Ruth-Fischer-Zentrale auf Anweisung der Moskauer Exekutive eine erbitterte Debatte über die Stellung zu den SPD-„Arbeitern“, zur preussischen Regierung und über die „Lehren der Präsidentschaftswahlen“ statt.

Die von der Zentrale der KPD als Manuskript gedruckte Broschüre: „Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD“, faßt eine Reihe wichtiger Dokumente zusammen, die die absolut prinzipienlose Taktik dieser „revolutionären“ Partei beleuchten. Sinowjew, der damalige Präsident der Komintern, sagt in seiner Rede zu den genannten Problemen:

„Wir können uns keinesfalls auf den Standpunkt stellen, uns ist es gleich, ob Monarchie, ob Republik. Das ist alles andere als marxistisch, geschweige den leninistisch... Für unseren Kampfsinn ist die bürgerliche Demokratie — sie kann so schlimm sein wie sie will — in der Regel doch viel günstiger als die Monarchie.“

Sinowjew war gezwungen zu erklären: „Wenn Ebert am Leben wäre, würden wir für ihn stimmen? Gegen Jarres natürlich!“ Und weiter, daß man genau zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum unterscheiden müsse, wenn es sich um bürgerliche Demokratie und Monarchie handele. Um wieviel mehr gilt das, was Sinowjew für die Monarchie sagt, für die verkörperte Konterrevolution: den Faschismus.

In der „Resolution des Zentralausschusses über politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei“ wird offen gesagt: „... müssen wir uns bereit erklären, mit der SPD und den republikanischen Parteien von Fall zu Fall zusammenzugehen.“ Die Resolution verlangt ganz entschieden:

„In einer Situation, wo unsere Partei das Jünglein an der Waage zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Verhältnissen geboten, eine solche Parlamentstaktik zu befolgen, daß wir der „Links“-Koalition gegen die Rechtskoalition die Existenz ermöglichen.“

Selbst wenn man zugibt, daß diese Taktik von der „Entlarvungsstrategie“ bestimmt wird, so sieht jeder Arbeiter die phantastisch groteske Verwandlung der KPD. Damals hatte der Wahlsieg Hindenburgs sie in Angst und Schrecken vor der „monarchistischen Gefahr“ gesetzt. Heute, wo der Faschismus mit allen Mitteln zur Macht strebt, und eine absolut reale Gefahr ist, geht sie zu einer Taktik zurück, die bereits 1925 von den Verhältnissen als konterrevolutionär entlarvt war.

Auf der Tagung dieses Zentralausschusses am 9. und 10. Mai 1925 hat der Vertreter der Moskauer Exekutive die damalige Politik der KPD so charakterisiert:

„Was ist das Argument, das immer wieder uns entgegengestellt wird? Die Kommunisten sind die Verbündeten der Reaktion — das ist das Argument, mit dem man uns entgegentritt. Da helfen keine historischen Bedenken, da helfen keine großen Erklärungen: in der breiten Masse der Arbeiterschaft gelten wir zum Teil dennoch, trotz aller Opfer, trotz aller Klassenjustiz, trotz aller Schandfakten der Bourgeoisie, als Verbündete der Reaktion, als Helfer des Hindenburg-Regimes.“

Das war 1925. Jetzt, 1931, wird sich erneut millionenfach der Schrei der Arbeitermassen erheben: Verbündete der Reaktion! — und vom Schandpfahl der Geschichte können keine Moskauer Abkätzler erlösen!

Zahlungssperre bis Ende Juli.

Nur ganz geringe Erleichterungen bis Sonnabend.

Amlich wird mitgeteilt:

Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß zu dem für die regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen bereits stehenden Zahlungsmitteln noch die Anforderungen des Monatsendes hinzukommen. Es erschien daher nicht ratsam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Auflockerung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen. Die heute erlassene Verordnung der Reichsregierung sieht daher nur unwesentliche Erhöhungen der zahlbaren Beträge vor. Die beteiligten Stellen werden dafür sorgen, daß vom Beginn der nächsten Woche ab die Wiederaufnahme eines normalen Zahlungsverkehrs eintritt.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungsgrenze von 200 auf 300 Mark beim Kontokorrentguthaben bei Banken, während es hinsichtlich der Auszahlung auf Sparkonten und Sparbücher bei 30 Mark verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 Mark erhöht worden. Freigegeben zur unbeschränkten Vorauszahlung und folgerweise auch Ueberweisung sind über die bisher bestehenden Fälle hinaus die Mietzinsen für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Konteninhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt, Ruhegehalt usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsrenten und Gewinnanteilscheinen.

Die Ueberweisungen sind im allgemeinen auf 4000 Mark täglich, also insgesamt 16 000 Mark bis zum Wochenende erhöht worden, und dem Ueberweisungsverband wird der Tagesbetrag auf 50 000 Mark vorausichtlich auch weiter erhöht werden. Zur Wechselseinlösung sollen täglich 8000 Mark, also 32 000 Mark bis zum Wochenende ausgegahlt werden dürfen. Die Wechselprotestfristen sind entsprechend den bisherigen Regelungen wieder stoffweise etwas hinausgeschoben worden, während eine Verlängerung der Vorlegungsfrist für die nach dem 21. Juli 1931 ausgestellten Schecks nicht mehr notwendig schien.

Im übrigen bleiben auch diesmal die Vorschriften über den Schuldnerschutz, über die Ausnahme der Reichspost, der Reichsbank und der Deutschen Goldbank von den Vorschriften der Verordnung und die Vorschriften über die unbeschränkte Verfügungsfreiheit über neue Konten und über überwiesene Gehaltsanteile aufrechterhalten.

Das Urteil gegen Rientimp.

Geldstrafe und Einziehung der Schmiergelder.

Dortmund, 28. Juli. (Eigenbericht.)

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums Rientimp wurde am Dienstagabend wegen Verstoßes gegen § 12 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte Hundertmark erhielt die gleiche Strafe.

Die Schmiergelder Rientimps in Höhe von 93 000 Mark und bei Hundertmark in Höhe von 47 000 Mark wurden der Staatskasse für verfallen erklärt. Die beiden Angeklagten Horenjet und Lindemann wurden freigesprochen. Die Erklärungen dieser Angeklagten, sie hätten im Auftrage bzw. im guten Glauben gehandelt, waren nicht zu widerlegen.

Die Not einer Verzweifelten

Das Gericht ließ weitgehende Milde walten

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Frau Maria Baake, die am 2. Oktober v. J. gegen den Vizepräsidenten der Preussischen Bau- und Finanzdirektion Kühn ihren scharfgeladenen und entriegelten Revolver richtete, wegen Bedrohung zu zwei Wochen Haft. Der Fall dieser Frau verdient aber näher beleuchtet zu werden, weil engherziger Bürokratismus hier eine Frau, die verzweifelt um die Existenz ihres Mannes rang, zu einer sinnlosen Tat getrieben hat.

Folgt man der Darstellung der Angeklagten, so verhielten sich die Dinge folgendermaßen: Ihr Mann, der mehrere Jahre in der Preussischen Bau- und Finanzdirektion als Bautechniker beschäftigt war, sollte gekündigt werden. Die Frau sagte sich: Verliert der Mann die Arbeit, so findet er in der Industrie allein schon wegen seiner Schwerhörigkeit keine Anstellung. Sie erklärte sich bereit, auf einen Einspruch gegen die Kündigung zu verzichten, falls die Bau- und Finanzdirektion ihrem Manne die Ueberweisung von Bauaufträgen versprach.

Die Bau- und Finanzdirektion gab zwar diese Zusicherung, brach aber ihr Wort.

Der Mann erhielt sein Viermonatsgehalt, 1500 Mark, die Bauaufträge aber blieben aus. Frau Baake sprach zuerst in der Bau- und Finanzdirektion vor, suchte dann den damaligen preussischen Innenminister Orzeszinski persönlich auf und hatte Erfolg: ihr Mann erhielt einen Bauauftrag. Er geriet aber in Differenzen mit dem Bauinspektor Sch., der Bauauftrag wurde zurückgezogen und ein andere Baufirma vorgezogen. Frau Baake beging nun leider die Unvorsichtigkeit, einer dritten Person gegenüber in bezug auf den Bauinspektor Sch. die Vermutung auszusprechen, daß man dem Sch. 100 Mark geben müsse. Diese Äußerung wurde dem Vizepräsidenten Kühn hinterbracht. Es erging nunmehr ein Rund-

schreiben, daß ihr Mann keine Aufträge mehr erhalten solle. Die Verzweiflung der Frau stieg von Tag zu Tag; sie sprach beim Vizepräsidenten Kühn vor und suchte auch den Ministerpräsidenten Braun auf. Das Auftragsverbot gegen ihren Mann wurde nach Klärung der Angelegenheit mit dem Inspektor Sch. aufgehoben, Herr Baake erhielt trotzdem keine Aufträge. Mehr noch.

Wandte er sich wegen Aufträge an andere Firmen unter Berufung auf seine frühere Tätigkeit bei der Bau- und Finanzdirektion, so erteilte diese den Firmen über ihren früheren Bautechniker schlechte Auskunft.

Die verzweifelte Frau wußte nicht mehr aus noch ein, sie richtete an den Vizepräsidenten einen Brief mit Rückporto, erhielt keine Antwort — der Vizepräsident war verreist — drang schließlich am 2. Oktober in das Kabinett des Vizepräsidenten Kühn und richtete gegen ihn die Waffe.

In der gestrigen Verhandlung blieb Vizepräsident Kühn als Zeuge auf eine Frage die Antwort schuldig:

Weshalb ist Frau Baake von der Bau- und Finanzdirektion monatelang hingegeben worden, ohne daß ihr der wahre Grund der erfolgten Kündigung und des Nichterteilens der Aufträge gesagt wurde. Der Zeuge sprach nämlich gestern von der Unfähigkeit des Bautechnikers Baake. Hätte man das der Frau früher gesagt, dann hätte sie gegen die Kündigung Einspruch erhoben und hätte nach der Entlassung des Mannes nicht den preussischen Minister Orzeszinski, den Minister Braun, den Präsidenten der Bau- und Finanzdirektion Rooshake und wer weiß wen nicht noch alles belästigt. Nach Ansicht des psychiatrischen Sachverständigen Dr. Leppmann findet die Tat, die der Sachverständige menschlich verständlich und verzeihlich nannte, ihre Erklärung auch in dem hysterischen Einschlag der Täterin.

Autofahrt durch Deutschland.

Bergnügungsreise mit falschen Schecks.

Mit einem Scheckbuch über ein Bankkonto, auf dem er nur noch einen Betrag von 7 Mark zu stehen hatte, machte der 24jährige Herbert Elert mit einem geliehenen Auto Reisen durch viele Bäderorte Deutschlands, wobei er seine Hotelrechnungen und Einkäufe mit den wertlosen Schecks bezahlte.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg, vor dem er sich nun wegen Feschprellerei und anderer Betrugsdelikten in 18 Fällen zu verantworten hatte, gab der Angeklagte an, daß er aus gutem Hause stamme und nur durch seine Berufslosigkeit auf die schiefe Bahn gekommen sei. Er habe sich als Landwirt, als Kaufmann und in verschiedenen anderen Berufen verläßt. Als auch zuletzt ein Fuhrunternehmen für das Ausfahren von Bagwären keinen Vertrag mehr brachte, verlor er die Lust am Leben und plante einen Selbstmord. Vorher wollte er aber noch die angenehmen Seiten des Lebens genießen. Dazu mietete er ein Privatauto und bezahlte die Miete dafür und alle folgenden Rechnungen mit den Schecks, die er noch von seinem früheren Bankkonto her besaß. Nachdem er sich eine Zeitlang in den ersten Hotels von Bad Reichenhall, Garmisch und Obersdorf aufgehalten hatte, fuhr er über Thüringen, wo er ein Hotel in Oberhof erheblich schädigte, nach Berlin zurück. Hier suchte er einen Chauffeur mit Kautions für seinen Privatwagen. Als der engagierte Chauffeur, der auch eine Kautions gestellt hatte, merkte, daß der Wagen dem Angeklagten gar nicht gehörte, zeigte er ihn an, so daß E. in Berlin festgenommen wurde. Rechtsanwalt Dr. Klaus hat das Gericht um äußerste Milde für den jungen Mann, der mehr aus Unüber-

legtheit gehandelt hätte. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auch nur auf 10 Monate Gefängnis und rechnete ihm auf die Hälfte der Strafe die Untersuchungshaft an. Für den Rest der Strafe wurde dem Angeklagten Bewährungsfrist zugesprochen, wenn er innerhalb der nächsten drei Jahre den entstandenen Schaden wieder gut mache.

Torpedoboot rammt Steffiner Dampfer

Nach einer nächtlichen Angriffsübung.

Stettin, 28. Juli.

Der Dampfer „Stadt Rügenwalde“, der sich auf der Fahrt von Stettin nach Kolberg befand, wurde in der vergangenen Nacht in der Swinemünder Bucht von einem abgeblendet fahrenden Torpedoboot der Deutschen Marine gerammt und so schwer beschädigt, daß er in der Hofen der Swinemünde eingeschleppt werden mußte.

Es handelt sich um einen kleinen Dampfer von nur 100 Tonnen Ladekapazität. Die Besatzung besteht einschließlich des Kapitäns aus sechs Personen, von denen niemand verletzt wurde. Der Dampfer hatte gestern nachmittags Stettin mit Stükgütern für Kolberg verlassen. Er wurde bei dem Zusammenstoß mit dem Torpedoboot vom Bug bis zum ersten Schott eingedrückt, blieb aber dicht, so daß die Ladung allem Anschein nach nicht beschädigt worden ist. Das Torpedoboot hatte bei einer Angriffsübung mitgewirkt, die in der letzten Nacht mit dem Linienschiff „Schlesien“ in der Swinemünder Bucht stattfand. Das havarierte Schiff wurde von dem Torpedoboot selbst in den Swinemünder Hafen eingeschleppt.



„Das kann man machen“, sagte er. „Das könnte man immerhin machen, mein Süßer. Mit Vergnügen, mein Süßer.“

Ostap hatte es gleich heraus, daß der Monteur sehr durchtrieben war.

Die beiden Partner sahen einander in die Augen, umarmten einander, schlugen einander auf die Schulter und lächelten höflich.

„Run“, sagte Ostap, „zehn Rubel für alles.“

„Regen Sie mich nicht auf, mein Süßer!“ wehrte sich der Monteur. „Ich bin ein Mensch, der insofern des Genusses von Mineralwasser schon deprimiert genug ist.“

„Wieviel wollen Sie also?“

„Geben Sie mir fünfzig Rubel. Es ist doch Eigentum des Theaters. Ich bin ein deprimierter Mensch.“

„Gut! Nehmen Sie zwanzig Rubel! Sind Sie einverstanden? Ich sehe es Ihren Augen an, daß Sie einverstanden sind. Wann bringen Sie uns die Stühle?“

„Hier die Stühle, hier das Geld.“

„Das wird gemacht“, sagte Ostap, ohne zu überlegen.

„Erst das Geld“, sagte der Monteur. „Am Morgen das Geld, am Abend die Stühle, oder am Abend das Geld und am andern Morgen die Stühle.“

„Vielleicht aber könnten Sie heute die Stühle bringen und morgen das Geld in Empfang nehmen.“

„Mein Süßer, ich bin ein gequälter Mensch. Solche Bedingungen nimmt meine Seele nicht an.“

„Ich bekomme aber erst morgen das Geld, telegraphisch“, sagte Ostap.

„Dann werden wir auch erst morgen darüber reden“, beschloß der eigensinnige Monteur. „Bis dahin auf Wiedersehen, mein Süßer. Und ich gehe. Ich habe viel Arbeit mit der Presse. Ich habe keine Kraft mehr und dabei bin ich gezwungen, Wasser zu trinken!“

Und Reischnikow entfernte sich, von der Sonne wunderbar beleuchtet.

Ostap sah Worobjew streng an.

„Wir haben Zeit genug, aber kein Geld“, sagte er. „Kissa, wir müssen endlich Karriere machen. Hundertfünfzigtausend Rubel liegen vor uns. Wir brauchen nur zwanzig Rubel, um den Schatz unser eigen zu nennen. Hier darf kein Mittel verachtet werden. Entweder — oder!“

Ostap ging nachdenklich um Worobjew herum.

„Legen Sie schnell den Rock ab, Vorsichtiger!“ sagte er unerwartet.

Ostap nahm den Rock aus den Händen des verblüfften Worobjew entgegen, warf ihn zu Boden und stampfte mit seinen staubigen Schuhen darauf herum.

„Was machen Sie da!“ schrie Worobjew. „Diesen Rock trage ich schon fünfzehn Jahre und er ist immer noch wie neu!“

„Regen Sie sich nicht auf! Er wird bald nicht mehr wie neu sein! Geben Sie ihren Hut her! Jetzt begießen Sie noch Ihre Hufe mit Mineralwasser und wälzen sich ein bißchen im Staub. Kalk!“

Worobjew war nach einigen Minuten schmutzig bis zum Knie.

„Jetzt sind Sie endlich reif und so ziemlich imstande, Ihr Brot mit ehrlicher Arbeit zu verdienen.“

„Was werde ich denn machen müssen?“ fragte Worobjew mit weinerlicher Stimme.

„Ich hoffe, Sie können französisch?“

„Sehr schlecht. In den vom Gymnasialstudium gezogenen Grenzen.“

„Hm... So werden wir eben innerhalb dieser Grenzen arbeiten müssen. Werden Sie imstande sein, folgenden Satz französisch zu sagen: „Meine Herren, ich habe sechs Tage lang nichts gegessen?“

„Messieurs“, begann Worobjew stotternd. „Messieurs, hem, hm... je ne, mir scheint, je ne mange pas... sechs, wie ist das, un, deux, trois, quatre, cinq, six... six jours. Also — je ne mange pas six jours!“

„Sie haben eine Aussprache, Kissa! Was kann man aber von einem Bettler verlangen. Es ist klar, daß ein Bettler in europäischen Rußland schlechter französisch spricht als Milerand. Nun, Kissa, bis zu welchem Grade beherrschen Sie die deutsche Sprache?“

„Wozu brauche ich das alles?“ rief Worobjew aus.

„Dazu“, sagte Ostap gewichtig, „daß Sie sofort in den

„Graf Zeppelin“ bei „Malugin“

Wie sich der Postaustausch vollzog.

Eine beim Luftschiffbau Friedrichshafen eingegangene telegraphische Benachrichtigung besagt, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ vor dem Eintreffen über dem Franz-Joseph-Land das verabredete Zusammentreffen mit dem russischen Eisbrecher „Malugin“ bei der Hooper-Insel wunschgemäß hat ausführen können. Das Luftschiff nahm gegen 7.30 Uhr abends eine Wasserlandung vor, tauschte die Post aus und stieg nach etwa 15 Minuten wieder hoch. Eine längere Landung war infolge der ungünstigen Eisverhältnisse nicht möglich. Alsdann setzte das Luftschiff seine Fahrt nach dem Franz-Joseph-Land fort.

Hochflut an Fernflügen.

New York, 28. Juli.

Die Flieger Boardman und Bolando sind heute erneut zu ihrem Konstop-Flug nach Konstantinopel gestartet. Bei einem in der vorigen Woche erfolgten Versuche mußten sie den Flug kurz nach dem Start aufgeben, da das Flugzeug beim Aufstieg überlastet war und daher Brennstoff hatte abwerfen müssen.

Die Flieger Herndon und Pangborn, die den von Post und Gatty aufgestellten Weltrekord für einen Flug um die Erde brechen wollen, sind um 5 Uhr 18 von hier gestartet. Sie wollen Moskau als erste Flugtappe erreichen.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, tritt das Flugboot „Do X“ am Freitag den etappenweisen Flug nach New York an.

Henderson abgereist.

Abflug Macdonalds heute früh Tempelhof.

Der britische Außenminister Henderson ist gestern abend in Begleitung Sir Walsford Selby mit dem jahresplanmäßigen Nordexpress um 22 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße abgereist.

Die drei englischen Militärflugzeuge, die heute den Premierminister Macdonald nach London bringen wollen, sind gestern nachmittag auf dem Tempelhofer Flugplatz gelandet. Die Doppeldecker wurden in der Halle 11 auf dem Flughafen, die zu diesem Zweck völlig ausgeräumt wurde, über Nacht untergebracht. Eine besondere Wache wurde für ihre Sicherheit gestellt. Der Abflug Macdonalds und seiner Begleitung nach London erfolgte etwa um 10 Uhr.

Schwungballe und Co.

Jugendliche erbrachen Kioske.

Elf junge Leute im Alter von 19 bis 20 Jahren waren vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding angeklagt, eine ganze Reihe von Eisbrüchen in Kioske begangen zu haben.

Die Angeklagten waren auch geständig, im Laufe der letzten Monate gruppenweise zehn Kioske erbrochen und hauptsächlich Süßigkeiten und Tabakwaren geraubt zu haben. Sie behaupteten, unter der Anführerschaft eines jungen Mannes gehandelt zu haben, den sie nur unter der Bezeichnung „Schwungballe“ kennen, und der von der Polizei nicht ermittelt wurde. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten auf Strafen von 2 Monaten bis zu 1 Jahr Gefängnis.

Ein Mitangeklagter, ein 20jähriger Gastwirt, wurde wegen Hehlerei zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, da er die Beute der übrigen Angeklagten entgegengenommen und ihnen auf ihre Bierschulden angerechnet hatte.

Blumengarten gehen, sich dort in den Schatten stellen und in französischer, deutscher und russischer Sprache um Almosen bitten werden. Sie werden darauf hinweisen, daß Sie gewesenes Duma-Mitglied sind. Das ganze erbettelte Geld wird der Monteur Reischnikow bekommen. Verstehen Sie?“

Worobjew wurde augenblicklich ein anderer. Seine Brust beschrieb einen Bogen wie die Palastbrücke in Leningrad und Ostap schien es, als quälte dichter Rauch aus seinen Nasenlöchern hervor. Sein Schnurrbart sträubte sich langsam in die Höhe.

„Aj—ja—aj“, sagte der große Kombinator, durchaus nicht erschrocken, „da schau her!“

„Aie, bei meinem Leben“, begann Worobjew und es war, als spreche ein Bauchredner, „nie noch hat Worobjew gebettelt.“

„Also werden Sie sterben, alter Idiot!“ schrie Ostap. „Sie haben noch nie gebettelt?“

„Nein.“

„Wie gefällt euch dieser Alfons! Drei Monate lebt er auf meine Rechnung. Drei Monate fütterte ich ihn und kümmerete mich um ihn, erziehe ihn und jetzt wird dieser Alfons bodig, spielt sich auf und sagt mir, daß er... Nun genug, Genosse! Entweder gehen Sie sofort in den Blumengarten und bringen am Abend zehn Rubel oder ich schließe Sie automatisch aus der Kompagnie aus. Ich zähle bis fünf. Ja oder nein? Eins!“

„Ja“, murmelte der Vorsitzende.

„Also wiederholen Sie die Beshwörung.“

„Messieurs, je ne mange pas six jours. — Geben Sie mir bitte etwas Kopek auf den Stück Brot. Geben Sie etwas dem gewesenen Mitglied der Duma.“

„Noch einmal. Mehr Gefühl.“

Worobjew wiederholte.

„Nun gut. Sie haben von Kindheit an ein Talent zum Betteln. Geben Sie. Rendezvous bei der Quelle um Mitternacht. Merken Sie sich, das geschieht nicht aus romantischen Gründen, sondern man ist am Abend freigeibiger.“

„Und Sie“, fragte Worobjew, „was werden Sie machen?“

„Kümmern Sie sich nicht um mich. Ich arbeite wie immer auf dem gefährlichsten Posten.“

„Die Freunde gingen auseinander.“

Ostap lief in ein Papiergeschäft, kaufte für seine letzten zehn Kopeken einen Billekt-Bloch und sah dann ungefähr eine Stunde lang auf einem Wegstein, wo er Eintrittskarten nummerierte und unterschrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung, Fanfare!

Die Signale bei Polizei und Feuerwehr.

Nicht ohne guten Grund haben Polizei und Feuerwehr ihre besonderen Signale. Wenn Glöde oder Fanfare ertönt, heißt es: Gefahr im Verzuge! Das Publikum sollte das nicht vergessen.

Für Fahrzeuge der Polizei und Feuerwehr, die sich durch Glockenzeichen oder Fanfaren signale kennzeichnen, ist nach den Verkehrsbestimmungen schon bei ihrer Annäherung freie Bahn zu schaffen. Diese Bestimmung wird von Wegebewohnern, besonders Fahrzeugführern, nicht in der erforderlichen Weise beachtet. Bei den Fahrzeugführern ist vielfach zu beklagen, daß sie trotz deutlich vernehmbarer Glocken- oder Fanfaren signale weiterfahren und erst anhalten oder rechts heranzufahren, wenn sie die Fahrzeuge der Polizei und Feuerwehr zu Gesicht bekommen. Zum Freihalten einer Straße oder Straßenzugang ist es dann aber sehr oft zu spät. Wiederholt sind schwere Unfälle oder verspätetes Eintreffen des Ueberfallkommandos oder der Feuerwehr auf diese Disziplinlosigkeit von Wegebewohnern zurückzuführen gewesen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Wegebewohner verpflichtet sind, beim Erörten des Fanfaren signals den Weg sofort freizugeben.

Wagen, die sich vor der Kreuzung befinden, müssen halten, dabei aber so scharf rechts heranzufahren, daß die Durchfahrt freibleibt. Im Zuge zwischen den Straßenzugängen sollen alle Fahrzeuge langsamer fahren und die äußerste rechte Straßenseite einnehmen. Um die Durchfahrt freizuhalten, wird es auch sehr oft erforderlich sein, an der Seite zu halten, bis Ueberfallkommando oder Feuerwehr vorüber sind. Fußgänger dürfen beim Erörten des Fanfaren signals weder an den Straßenzugängen noch zwischen diesen die Fahrbahn betreten. Sofern sie sich bereits auf der Fahrbahn befinden, ist sie schnellstens zu räumen.

Die Straßenaufsichtsbeamten haben die Anweisung, für die Durchführung der obgenannten Vorschriften mit allen Mitteln zu sorgen und bei Zuwiderhandlungen unmissverständlich Strafanzeige zu erstatten.

Stahlhelm auf Nepp.

10 Pf. Eintritt, 10 Pf. Austritt im Zeltlager.

Ein Leser schreibt uns:

Wenn man von Pichelsdorf eine Fußwanderung nach Gadow macht, hat man das zweifelhafte Vergnügen, mehrmals die Strandpromenade durch Drahtzäune unterbrochen zu sehen und dann, um zu seinem Ziele zu gelangen, riesige Umwege zu machen. Hinter der vielbesuchten „Badewiese“ bei Gadow erlebt man, wenn man weiter nach Gadow will, wieder ein solches Hindernis, das aber wegen seiner besonderen Art bei den Spaziergängern helle Empörung wachruft. Am Anfang eines Weges, der durch ein Zeltlager führt, erblickt man ein Schild folgenden Inhalts: „Privatweg! Durchgang 10 Pf. Verzehrern gratis!“ Rechts Hand liegt gleich ein Sanitätsunterstand mit einem Schilde: Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Unter diesem Schilde eine Grünanne in Stahlhelmmunifor! Um nicht einen zeitraubenden Umweg machen zu müssen, entschließt man sich zur Opferung des verlangten Obolus. Man wird nicht behelligt, solange man den Weg benutzt, aber am anderen Ende sieht ein auch so gar nicht nach „Frontkämpfer“ aussehender junger Mann, der für den Austritt pro Person 10 Pf. verlangt. Ich halte dies für eine unerhörte und unerlaubte Repperei des Publikums, gegen die von den Behörden entschieden eingeschritten werden müßte. Ich erkundigte mich dann bei außerhalb dieses Stahlhelm-Indianerdorfs liegenden Erholungsuchenden, ob diese Repperei nur während der Zeit des Volksensichs vor sich geht, um die schwindelartige Kasse aufzufüllen. Es wurde mir aber gesagt, daß dieser Unflug schon lange besteht und zahlreiche Beschwerden bei den Behörden diesen skandalösen Zustand nicht beseitigt haben.

Nachrichtenzentrum Berlin.

107 Fernfabel gehen ins Ausland.

Durch den Ausbau des deutschen und europäischen Fernfabelnetzes sowie durch fortgesetzte Anwendung der neuesten technischen Erfindungen ist Berlin zu einem der wichtigsten Zentren im Welt-Nachrichtenverkehr geworden.

Seit ist das Berliner Fernamt, das über ein großes innerdeutsches Leitungsnetz verfügt, mit dem Ausland durch 107 zwischenstaatliche Leitungen verbunden. Es kann, wie das Reichspostministerium mittelt, von allen Orten in Deutschland mit allen Orten in Belgien, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien (einschließlich Vorkontinental), Letland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn und mit einzelnen Orten in Jugoslawien, Portugal und in Rumänien gesprochen werden, ferner von Berlin — wie übrigens auch von einzelnen anderen Orten in Deutschland — mit Moskau. Weiterhin können mit Hilfe von Funkfernsprechverbindungen Gespräche von Deutschland nach Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Französisch-Indochina, Französisch-Marokko, Kanada, den Kanarischen Inseln, Kuba, Mexiko, Niederländisch-Indien, Siam und den Vereinigten Staaten von Amerika und auch mit einzelnen Schiffen in See vermittelt werden.

Auch das Haupttelegraphenamt ist durch Draht und Funklinien mit fast allen europäischen Hauptstädten und einer Reihe bedeutender Orte in Asien, Afrika und Uebersee unmittelbar verbunden. Direkte Drahtverbindungen bestehen zwischen Berlin und, der Windrose folgend, Oslo, Kopenhagen, Stockholm, Riga, Moskau, Warschau, Vody, Krakau, Prag, Karlsbad, Wien, Budapest, Bukarest, Konstantinopel, Rom, Mailand, Basel, Zürich, Strassburg, Paris, Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Rotterdam, Haag, London und New York.

Auf dem Funkweg arbeitet Berlin direkt mit Barcelona, Belgrad, Budapest, Bukarest, Hapsal, Istanbul, Lissabon, Madrid, Moskau, Riga, Sofia, Wien, Zagreb, ferner — durch Vermittlung der Transradio-Großstation Rauen — mit Bangkok, Buenos Aires, Havana, Kairo, Malabar, Manila, Mexiko, Muffden, New York, Osaka, Rio de Janeiro, Santiago, Shanghai und Teheran.

Fräulein Kalifa und ihre Mama.

Der moderne Geist, der seit einiger Zeit durch unfern Zoo weht, hat in erfreulicher Weise zu einem Ausbau und zur Ausdehnung der Freigehege geführt. Als neueste Etappe in dem speziellen Ausbau des Elefantenfreigeheges ist soeben, zur öffentlichen Freude aller schaulustigen Besucher, der zweite Teil dieses Geheges fertiggestellt worden. Und dies wird die Stätte sein, auf der sich in Zukunft das dreijährige afrikanische Elefantenfräulein Kalifa, befreit von ihrer Mama, frei tummeln wird. Daneben ist eine weitere Freisache geschaffen worden für eine noch kommende Herde indischer Elefanten. Für heizbares Wasserbeden,

Wohlgemuths Abenteuer erleben.

1 Jahr 7 Monate Gefängnis wegen Diebstahls der Verfassungsurkunde.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kunstmalers Walter Ostar Wohlgemuth, der in der Nacht zum 25. Oktober v. J. aus der Reichstagsbibliothek die Verfassungsurkunde von 1849 gestohlen hatte, wegen schweren Einbruchs in einem Falle und Begünstigung in zwei Fällen zu 1 Jahr und 7 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die Lebensgeschichte des Herrn Wohlgemuth will erzählt sein. Er schilderte sie gestern im Gerichtssaal mit großem Wohlgefallen und mit noch größerer Weitsichtigkeit. Ueber seine verschiedenen Vorstrafen, angefangen mit 1923, ließ er sich dagegen sehr ungenau aus. Er bietet das Bild eines Psychopaten, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Unmittelbar vor Kriegsende verwickelte er sich in eine strafrechtliche Angelegenheit, die allerdings mit einem Freispruch auf Grund des § 51 endete. Er schloß sich der U.S.P.D. an — wenigstens behauptet er das —, gehörte dann dem Spartakusbund an, trat später der Kommunistischen Partei bei und erhielt den Auftrag, zu Spionagezwecken sich in die Rechtsorganisationen einzuschleichen.

Gemeinsam mit einem Russen entwendete er politische Dokumente.

Man ließ ihn jedoch bald darauf fallen, er kehrte nach Königsberg zurück, hielt hier anarchistische Vorträge und verlor während der Inflation sein ganzes Vermögen. Die große Not, in der sich nun er und seine Braut befanden, drückte ihm die Pistole in die Hand, im letzten Augenblick wurde er, nach seiner melodramatischen Erzählung, durch ein frommes Lied einer religiösen Gemeinde zur

„Selbstbekehrung“ zurückgerufen. Er ließ sich „bekehren“ und wurde selbst Prediger. Dann aber ließ er sich dazu verführen, gemeinsam mit anderen aus der Königsberger Bildergalerie eine Reihe wertvoller Bilder zu stehlen. Die Verhandlungen, die ihm während Verbüßung seiner Zuchthausstrafe angeblich zuteil geworden, führten zur Bekanntschaft mit dem kommunistischen Abgeordneten Renzel. Dieser verhalf ihm mit einer Empfehlung an den Reichstagsabgeordneten K. Er wurde in den kommunistischen Nachrichtendienst eingeordnet, erhielt die Nummer B 1 und sollte in der RSDAP für die Kommunisten arbeiten. Er ging nun im Reichstag ein und aus, lernte durch Vermittlung des Abgeordneten K. einen gewissen Rosenkrenz kennen und erhielt gemeinsam mit diesem den Auftrag, aus dem Reichstag gewisse politische Dokumente zu stehlen — alles nach seiner Erzählung. Er wurde eines Tages von Rosenkrenz in den Reichstag gebeten, betrat mit diesem einen Raum, von dem er erst später erfuhr, daß es die Reichstagsbibliothek war. Rosenkrenz öffnete verschiedene Schubladen und fand in einem Schubfach Silberzeug. Der Angeklagte half ihm beim Öffnen der Schubfächer, man trank auch zwischendurch selbstgebrauten Kaffee, blieb über Nacht da und entfernte sich am nächsten Morgen unter Mitnahme der Silbergegenstände und verschiedener Bücher. Was weiter geschah, ist bereits bekannt. Was an der Darstellung des Herrn Wohlgemuth von den Abenteuern seines Lebens Wahrheit ist, was Dichtung, läßt sich schwer sagen. Eins steht allerdings fest: Bei seinen früheren Gastspielen in Roabit hat er von seiner politischen Tätigkeit nichts erwähnt. Erscheint er wieder einmal im Gerichtssaal — was schwerlich ausbleiben dürfte — so wird er bestimmt neue Abenteuer aufzuzählen wissen. Der Sachverständige bezeichnete ihn als hysterischen Psychopaten.

Zugzusammenstoß in Bayern.

Sieben Eisenbahnbeamte verletzt.

Regensburg, 28. Juli.

Wie die Reichsbahndirektion Regensburg mitteilt, stieß am Montag um 14.40 Uhr der Eilgüterzug 5311 bei Kilometer 118,4 der eingleisigen Hauptbahnstrecke Landschul-Eisenstein in der Nähe des Bahnhofs Wiesel in einer Krümmung auf einen Arbeiterzug. Fünf Wagen des Eilgüterzuges und ein Wagen des Arbeiterzuges sind entgleist. Vom Zugpersonal der beiden Züge wurden sieben Mann leicht verletzt. Die Strecke ist gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen ausrecht erhalten.

Der Unfall wurde durch vorzeitiges Ablassen des Eilgüterzuges in dem belebten Streckenabschnitt verursacht. Eine nähere Untersuchung ist im Gange.

Der Tod im Steinbruch.

Ein Toter, drei lebensgefährlich Verletzte.

Kronach (Oberfranken), 28. Juli.

In einem Steinbruch bei Reichenbach kam ein Ueberhang ins Rutschen. Sechs Arbeiter wurden von den Steinmassen erschlagen. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet, drei Arbeiter lebensgefährlich verletzt. Die übrigen erlitten leichtere Verletzungen.

Zwei tödliche Unfälle.

In der Hohenschönhausener Straße ereignete sich gestern Abend ein tödlicher Verkehrsunfall. Der 17jährige Schlächter Willi Heymann aus der Hobrechtstraße in Neutölln versuchte mit seinem Fahrrad noch vor einer herannahenden Straßenbahn die Straßenkreuzung zu überqueren. Der junge Mann hatte jedoch die Entfernung unterschätzt und wurde überfahren. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde H. zur Rettungsstelle nach der Landsberger Straße gebracht, wo er unter den Händen des Arztes starb.

Im Freibad Plöhensee ging in den gestrigen Abendstunden der 25jährige Arbeiter Franz Buck aus der Huttenstraße 21 beim Schwimmen plötzlich unter. Obgleich Hilfe schnell zur Stelle war und der Berunglückte schon nach kurzer Zeit geborgen werden konnte, blieben die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Beurlaubung im Magistrat. Stadtschulrat Rydahl ist vom 27. Juli bis einschließlich 23. August d. J. beurlaubt. Seine Vertretung übernimmt Herr Stadtbaurat Wagner.

Umleitung der Omnibuslinie A 24. Wegen Gleisbauarbeiten an der Kreuzung der Andreas- und Breslauer Straße fahren die Omnibusse der Linie A 24 in Richtung Neutölln ab 29. Juli mit Betriebsbeginn Lange Straße bis Andreasstraße, Andreasstraße.

Eine Reisegesellschaft von deutsch-amerikanischen Sozialisten, befreit von dem uns nahestehenden gemeinnützigen Verkehrs- und Reiserverein in Hamburg, befindet sich zur Zeit auf einer Rundreise in Deutschland. Hamburg, Leipzig, Dresden, Wien und München wurden besucht, Nürnberg, Mainz und Köln stehen noch bevor. Ihren Abschluß findet die Reise in Berlin, wo u. a. die Betriebe der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg, das große Konsumgenossenschaftliche Warenhaus in der Oranienstraße mit seinem gewaltigen Erweiterungsbau, der Flughafen und das Stadion, die vielgestaltigen Betriebe des „Vorwärts“-Hauses, das Hauptgebäude des A.D.G.B., das Metallarbeiterhaus und schließlich auch die Gräber von Luer, Singer, Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Friedrichsfelder Friedhof besucht werden sollen. Der Besuch in Berlin findet in der Zeit vom 3. bis 5. August statt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat
 Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Wahlungsleiter! Heute, spätestens Freitag, müssen sämtliche Anmeldungen für Frankfurt unter Leitung der Anführung vorgenommen werden.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Westen: Arbeitskreis bei Rietz, Steinmühle, 36: „Republik, das ist nicht viel!“ — Geliebtenkreis II: Christiant, 38: „Lagepolitik“ — Reichsbanner West: Reichenberger Str. 66: Funktionärsschulung. — Kampfbund: Göttinger: „So war der Krieg“ — Kämpfer: 1: Göttinger Str. 6: Funktionärsschulung. — Friedrichshagen: Friedrichstr. 87: Jugendbewegung im Ausland. — Wahlkreis: Reichenberger Str. 66: Mitgliederwahlversammlung. — Panten: 1: Kämpferstr. 46: „Meine Arbeit in Italien“.

Bezirksrat Prenzlauer Berg: Sonnenburger Str. 30: 19 Uhr, Gemeindefest, ausgeschrieben.

Bezirksrat Kreuzberg: Beiber Str. 30: 19 Uhr, Zusammenkunft des Bildungsausschusses.

für Sandstau- und Schlammabrad wird vorgeföhrt. Die Besucher können dicht an den Grenzgraben der Anlage herantreten und so aus der Nähe die Tiere beobachten. Der drollige, kleine Elefant Rampe trottet in aller Freiheit erhaben durch die Reinge der Zuschauer, und in einem Photogehäge kann man zusehen, wie sich allerliebste Mädchen und Frauen mit allerliebsten Vömenbabys photographieren lassen. Man freut sich der vielen Tiere und vergißt auf ein paar Stunden die eigenen Sorgen.

Knatternde Krafträder.

Ein Erlaß des Potsdamer Regierungspräsidenten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Regierungspräsident in Potsdam Maßnahmen getroffen, den immer unerträglicher werdenden vorfahrtswidrigen Lärm der Krafträder entgegenzuwirken. Er hat deshalb alle im Bezirk im Polizeidienst Tätigen zu gemeinsamen Kampfe gegen die Rücksichtslosigkeit einzelner Kraftfahrer aufgefordert.

Als strafrechtliche Grundlage hierzu dient die Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. Juli 1930, da nach § 3 Abs. 1 dieser Verordnung die Kraftfahrzeuge verkehrssicher und so gebaut, eingerichtet und ausgerüstet sein müssen, daß jede Belästigung von Personen und Gefährdung von Fuhrwerten durch Geräusch, Rauch, Dampf oder üblen Geruch ausgeschlossen ist. Die Abführung der Verbrennungsgase bei Verbrennungsmaschinen hat unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel zu geschehen; das Ende des Auspuffrohrs darf nicht nach abwärts gerichtet sein. Die Anbringung von Auspuffklappen und andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuschalten sind verboten.

Nach der Verordnung ist der Führer eines Kraftfahrzeugs besonders dafür verantwortlich, daß eine Belästigung von Personen oder Gefährdung von Fuhrwerten durch Geräusch, Rauch oder üblen Geruch in keinem Falle eintritt.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die vorangeföhrtten Vorschriften kann neben der Bestrafung des Kraftfahrzeugführers und auch des Halters oder Eigentümers eine Unterbrechung des Kraftfahrzeugs auf Kosten des Eigentümers, darüber veranlaßt werden, ob es den nach Maßgabe der Verordnung zu stellenden Anforderungen entspricht. Genügt das Kraftfahrzeug diesen Anforderungen nicht, so kann seine Ausschließung vom Befahren der öffentlichen Wege durch die Zulassungsbehörde verfügt werden. Die Ausschließung eines Kraftfahrzeugs ist bei der Feststellung vorfahrtswidriger Befahrenheit auch ohne vorangehende Untersuchung möglich.

Zum Zwecke einer wirkungsvollen Bekämpfung der vorfahrtswidrigen Geräusche haben neben unregelmäßigen Kontrollen alle Polizeibeamte die Verpflichtung, knatternde Kraftfahrzeuge festzustellen und zur Anzeige zu bringen.

Ein aufgeklärter Raubüberfall.

In der Nacht zum 19. Juli wurde in Lichtenrade ein Ueberfall auf ein junges Mädchen verübt. Die Tochter eines Gastwirts W. aus der Kaiser-Wilhelm-Straße in Lichtenrade pflegt nach Geschäftschluß die Kasse in die Privatwohnung der Eltern zu bringen. Im Hausflur wurde sie von zwei Burichen überfallen. Das Mädchen legte sich kräftig zur Wehr. Auf Hilfe rufe der Ueberfallenen flüchteten beide Burichen, ohne etwas erbeutet zu haben. Vom Raubdegenat der Kriminalpolizei wurden die Nachforschungen aufgenommen. Einer der Beteiligten, ein 23 Jahre alter Karl Eggebrecht, wurde im April in Berlin festgenommen. Den Helfershelfer will Eggebrecht nicht näher kennen.

Selbstmord auf den Schienen.

Am Dienstag früh gegen 5.30 Uhr fanden Streckenwärter auf dem Bahnkörper zwischen Spandau und Ruhleben die Leiche eines Mannes, der sich hatte überfahren lassen. Er muß nach dem Befunde den Kopf auf die Schienen gelegt haben, denn der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Der Selbstmörder ist noch nicht bekannt, Papiere oder andere Ausweise wurden bei ihm nicht gefunden. Er macht den Eindruck eines Künstlers. Der Tote trug dunklen Pullover, dunkle Sporthose und hat schwarzes, lockiges Haar. Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit erbittet die Kriminalpolizei in Spandau.

Grimme bei den Austauschschülern.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Grimme, besucht heute zusammen mit dem spanischen Botschafter Castro und dem Berliner Oberbürgermeister Sahm die französischen, englischen und deutschen Schüler und Schülerinnen an den Austauschschulen für conationale Erziehung in Hermsdorf und Hohenlychen.

Schärfer gegen die Kapitalflucht!

Das ausländische Bankgeheimnis als Hindernis.

Von dem Mitinhaber eines bekannten Berliner Bankhauses wird uns geschrieben:

London brachte eine Atmosphäre der Verständigung, in der Hoffnungen reifen können. Aber die Gelder im Inland sind knapp, und die Wirtschaft lebt von einem Tag zum anderen — in Erwartung neuer Geldzufuhr. Das Ausland hat nicht genug Vertrauen zu unserer Vermögensverwaltung. Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß unsere eigenen Wirtschaftler seit langem nur geringes Vertrauen zum eigenen Lande besaßen — sonst hätten sie nicht Summen ins Ausland geschickt, die heute nach der Schätzung maßgebender Finanzleute die ansehnliche Höhe von 5 bis 8 Milliarden erreicht haben. Ist es nicht erste Pflicht der Wirtschaft, vor allem dieses eigene Kapital auf schnellstem Wege wieder ins Land hinein zu bekommen? Ist es nicht Pflicht der Regierung, mit allen Mitteln hierfür zu sorgen?

Dazu genügt aber nicht die Notverordnung über Devisenabgaben.

Die Straf- und Steuerfreiheit für zurückfließende Devisen sind zwar zusammen mit dem hohen Bankdiskont vielleicht ein gewisser Anreiz für viele kleine Leute, die ängstlich einen Notgroschen im Ausland gesichert hatten und dafür schweren Herzens auf Zinsen fast vollkommen verzichteten. Aber das sind meist Summen bis höchstens 50 000 Mark. Diese Summen, addiert, ergeben nicht viele Milliarden. Die großen Vermögen von sechs- bis siebenstelligen Zahlen sind im Ausland durch Strohmänner auf Namen angelegt, die in den jeweiligen Ländern häufig und unauffällig sind; („Risiken“ in Kopenhagen, „Brown“ in London und so fort). Diese Vermögen bleiben im Ausland unangefastet, denn sie sind nicht aufzufinden, und auch die höchsten Strafen können solche strupellosen Ribbürger nicht in Unruhe versetzen.

Da das gesamte Ausland sieht, daß ein Wirtschaftszusammenbruch Deutschlands unheilvollste Folgen für die anderen Länder nach sich ziehen muß, will es nicht aus Mitleid, sondern aus Gründen des Selbstschutzes helfen: man will durch diese

Hilfe die eigene Wirtschaft sichern. Wenn das nicht so wäre, dann hätten wir kein Chequers, dann hätten wir kein Paris und London erlebt. Aber neue Gelder einem Lande geben, das von maßgebenden Ländern selbst für schwach gehalten wird, ist unvernünftig; jeder Finanzmann trägt da schwerste Bedenken.

Es müßte von deutscher Seite angeregt werden, daß uns das Ausland mithilft, unsere eigenen Kapitalien hereinzubekommen. Nur falls das gesamte Ausland das Bankgeheimnis in bezug auf deutsche Bankkunden auf kurze Zeit löstet, werden die eigenmächtigen Herren sich gezwungen sehen, ihre Gelder in Deutschland anzugeben.

Jeder Vorsteher einer Depositionskasse, jeder Leiter einer Bank weiß, wie ein Konto zustande kommt und woher das Geld eingelaufen ist. Wenn diese Herren von ihren Regierungen angewiesen würden, alle neueren Gelder deutschen Ursprungs zu melden, so würde plötzlich eine Summe zum Vorschein kommen, die bestimmt höher wäre als die Anleihe summe, die der Reichskanzler für notwendig erachtet und die er nicht erhalten hat. Außerdem würde das Ausland sehen, daß wir wirklich bis zum äußersten gewillt sind, uns mit eigenen Mitteln zu sanieren und Landsleute, die ein Verderb für die Wirtschaft sind, hart anzufassen.

Ich weiß als Bankier, daß es nicht ganz leicht sein wird, in Ländern wie Holland, der Schweiz, Dänemark, Schweden, England und Frankreich solche Verordnungen durchzubringen — oder ich weiß auch, daß jeder ausländische Staat heute gern eine unangenehme und unbequeme Arbeit übernimmt, die, selbst wenn sie augenblickliche Verluste und Schäden mit sich bringt, doch vielleicht den Zusammenbruch Deutschlands und damit nicht nur Deutschlands verhindern kann. Nur wenn ganze Arbeit getan wird, läßt sich ein greifbarer Erfolg erzielen. Darum sollten Verhandlungen in dieser Richtung unbedingt begonnen werden; wahrscheinlich wird in Berlin schon bald Gelegenheit dazu sein.

Gründung der Akzeptbank.

Das Reich stellt nur 2 von 15 Aufsichtsratsmitgliedern.

Die Reichsbank teilt mit: Am Dienstagmorgen fand in den Räumen der Reichsbank die Gründungsverammlung der Akzept- und Garantiebant statt. Die bekanntgegebenen Gründer, ausschließlich Berliner Firmen, haben zusammen mit dem Reich das gesamte Kapital übernommen. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden bestellt: Reichsminister a. D. Dernburg, Direktor Bieder, Berliner Handelsgesellschaft, Direktor Dr. Böyles, Bank für Deutsche Industrie-Obligationen, Dr. Frank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dr. Frisch, Dresdner Bank, Präsident Klepper, Preussische Zentralgenossenschaftskasse, Direktor Lipp, Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Generalkonsul Dr. Paul Kemper, Mendelssohn u. Co., Min.-Dirigent Norden, Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, Reichswirtschaftsministerium, Direktor Friedrich Reinhardt, Commerz- und Privatbank, Direktor Rilscher, Reichskreditgesellschaft, Direktor Schiesinger, Deutsche Verkehrsbank, Staatsfinanzrat Köhner, Preussische Staatsbank (Seehandlung), Direktor Ehrhardt, Golddiskontobank.

In die Direktion wurden berufen, vorbehaltlich einer Ergänzung, Herr Direktor Julian Veid und Herr v. Heydebrand. Der Aufsichtsrat wird unmittelbar zusammentreten, um die für die Aufnahme des Geschäftsbetriebes notwendigen Richtlinien zu erlassen.

Der Kreis der zugezogenen Firmen ist von vornherein auf Berlin und auch dort nur auf eine kleine Zahl von Firmen beschränkt worden, weil die Behandlung der von der Akzept- und Garantiebant A.G. zu erledigenden Geschäfte erforderlich macht, daß die beteiligten Firmen dauernd in enger Fühlung miteinander bleiben. Schon aus rein praktischen Gründen mußte deshalb der Kreis der beteiligten Firmen auf Berlin beschränkt werden und durfte auch hier nur eine kleine Zahl derselben in sich begreifen, weil sonst von vornherein unmöglich gemacht worden wäre, die vielen mit der geplanten Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs auftauchenden Probleme mit der Schnelligkeit zu erledigen, die angewandt werden muß, wenn etwas Bedeutsames zustande gebracht werden soll.

Der Aufsichtsrat hat 15 Mitglieder. Von dem 200-Millionen-Kapital übernimmt das Reich 80 Millionen oder 40 Proz. Im Aufsichtsrat ist das Reich mit ganzen 2 Mitgliedern vertreten. Das Reich hat die Steuerzahler mit 40 Proz. des Bankkapitals haftbar gemacht. Soll man es für möglich halten, was hier geschieht? 40 Proz. des Risikos erhalten 14,3 Proz. der Aufsicht!

Und was für eine Aufsicht! Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums ist als extrem privatwirtschaftlich bekannt, der Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat die Reichsbankpolitik in der Beratungskommission gemacht und uns die Hülle der kurzfristigen Verschuldung besichert. Kann diese Art Reichsaufsicht eine Kontrolle sichern, die die Inanspruchnahme des Reichsteils am Kapital verhindert? Wir bezweifeln es.

Herr Dernburg ist als Sachverständiger berufen und wird den Vorsitz im Aufsichtsrat führen. Herr Dernburg genießt öffentliches Vertrauen und ist Fachmann. Aber wird er die Spannkraft haben, die Hechte im Karpenteich in Schach zu halten? Die vier noch solventen Großbanken sind im Aufsichtsrat; sie werden die Hauptkundschaft darstellen. Die fünf Vertreter öffentlicher Institute, darunter die wichtigsten Geldgeber, und auch der Vertreter von Mendelssohn, werden gründliche Aufpuffer sein müssen. Gut, daß wenigstens die Preußentasse sich einen Einfluß gesichert hat und im Aufsichtsrat durch Dr. Klepper auch vertreten ist.

Wie steht der Vorstand aus? Herr Veid ist Unterdirektor der Commerz- und Privatbank! Herr von Heydebrand ist ein Prokurist der Berliner Handelsgesellschaft! Die

Geschäfte dieser Bank werden von Beauftragten der Privatbanken geführt. So sieht die Staatskontrolle im Vorstand aus. Und wer wird im Arbeitsauschuß sitzen, der wohl bald konstituiert wird, wo in erster Linie die Güte der Unterschriften zu prüfen sein wird. Hoffentlich nur Vertreter der Privatbanken. Das Reich kann ja zahlen!

Wir schrieben gestern von der Sozialisierung des Bankensystems. Wir erwähnten die Reichsregierung, die Gesamtinteressen nach den Gesichtspunkten des sorgfältigen Kaufmanns wahrzunehmen. Hier war die erste praktische Gelegenheit dazu. Es ist bedauerlich, was dabei herausgekommen ist.

Neze gegen die Preußentasse.

Haltlose Angriffe wegen der Erntefinanzierung.

In verschiedenen Zeitungen der Rechten werden auf Grund eines in Bruchstücken veröffentlichten Rundschreibens Angriffe gegen die Preußentasse veröffentlicht. Hierzu erfährt das Wolffsche Telegraphenbüro von der Preußentasse:

Die Mitteilungen in einer Reihe agrarischer Blätter sowie ein Hinweis des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V. auf die von der Reichsbank in Aussicht gestellte Prolongationsmöglichkeit für derzeitige Wechselstellungen machten eine Klarstellung über die Behandlung der genossenschaftlichen Wechselkredite und die für die Verwertung der Ernte zur Verfügung stehenden Kreditmöglichkeiten erforderlich.

Um auf die aus der Gesamtlage sich ergebenden Notwendigkeiten genossenschaftlicher Kreditpolitik hinzuweisen, hat die Preußentasse in einem internen Rundschreiben die mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden Verbandsstellen des landlichen Genossenschaftswesens auf die Notwendigkeit hingewiesen, „nach Möglichkeit für die Wiederherstellung ihrer Liquidität aus eigener Kraft zu sorgen“.

Gleichzeitig hat sie den Genossenschaften empfohlen, die Verwertung der Ernte Zug um Zug durchzuführen, ohne das mit der Bildung hoher Lagerbestände verbundene Preisrisiko zu übernehmen. Dabei griff sie auf die Erfahrungen früherer Jahre zurück, in denen die landwirtschaftlichen Genossenschaften schwere Verluste dadurch erlitten haben, daß sie in der Hoffnung auf den Erfolg von Preisstützungsmahnahmen unwirtschaftliche Getreidelager durchzuhalten versuchten.

In diesem Zusammenhang der Preußentasse eine Sabotage der Erntefinanzierung vorzuwerfen, ist um so weniger begründet, als sie bereits der Getreide-Industrie und Commission A.G. im Zusammenhang mit der Erntefinanzierung ihr Giro für nicht unerhebliche Beträge zur Verfügung gestellt hat. Nach Auffassung der Preußentasse ist aber das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen nicht imstande, das Risiko einer unkaufmännischen Handhabung der Ernteverwertung zu tragen.

Also doch Agrar-Moratorium!

Ein Dementi, das sich selbst erschlägt.

Zu den sich häufenden Pressemeldungen über den Plan eines landwirtschaftlichen Moratoriums teilt WTB-Handelsdienst mit, daß derartige Pläne mit den Tatsachen keineswegs übereinstimmen. Es wird zur Zeit lediglich erwogen, wie der durch die augenblickliche Finanzkrise besonders schwer betroffenen ostdeutschen Landwirtschaft geholfen werden kann, damit eine Verkleinerung der Ernte und die Gefährdung der Fortführung der Betriebe vermieden werden kann. Die zuständigen Stellen verhandeln zur Zeit darüber, welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die mit einer derartigen Entwicklung verbundene Gefährdung der Sicherheit des Realkredits auszu-schließen.

Es ist möglich, daß hierzu die Erklärung eines Zahlungsausschusses für gewisse Schuld-kategorien ausge-

sprochen werden muß, um eine Verschleuderung der Ernte zum Zwecke der Gläubigerbefriedigung zu vermeiden. Die Dauer derartiger Maßnahmen wird sich jedoch nur auf einen Zeitraum zu erstrecken haben, der zur ordnungsmäßigen Verwertung der Ernte erforderlich ist. Forderungen, die auf Auswendungen für den Aufbau der diesjährigen Ernte beruhen, werden von vornherein auch von einem befristeten Zahlungsausschub ausgenommen bleiben müssen.

Dieses Dementi, das sich in seinem zweiten Teil selbst erschlägt, zeigt also ganz klar, daß man in Regierungskreisen mit dem Gedanken umgeht, den für die Gesamtwirtschaft wie für den agrarischen Kredit so verhängnisvollen Schritt eines Moratoriums zu tun.

40 Mill. Schröder-Verlust.

Außerordentlich hohe Beteiligung des Bremer Staates.

Der Zusammenbruch der A. F. Schröder-Bank A. G. Bremen, stellt sich jetzt doch als schlimmer heraus als ursprünglich angenommen wurde. Nach neuesten Meldungen wird der Gesamtverlust auf etwa 40 Millionen Mark beziffert, das sind 10 Millionen Mark mehr als die eigenen Mittel der Bank (Aktienkapital 15 Millionen, Reserven 15 Millionen). Diese 10 Millionen Mark sind die Verluste, die die Gläubiger auf sich nehmen müssen. Für diese wird ein schlechter Trost sein die von der Bank vertretene Ansicht, daß bei einem Durchhalten der Gläubiger und bei einer Besserung der deutschen Wirtschaftslage der Status sich bessern wird.

Mit einiger Ueberraschung aber erfährt man, daß der Staat Bremen an die Schröder-Bank Forderungen von nicht weniger als 24 Mill. Mark hat. Die Bremische Generalkassenverwaltung erklärt, daß sie diese Gelder im Augenblick nicht benötigt und sie deshalb an die Schröder-Bank gegeben habe. Die in den letzten Jahren vielgerühmte Aktivität Bremens im allgemeinen und der Schröder-Bank im besonderen rückt dadurch in ein besonderes Licht. Besonders in Hamburg hat man diese Unterstützung der Bank durch den Staat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen; auch die Subventionswünsche der bremischen Wirtschaft (Deichmag), die vor wenigen Monaten geäußert und vom bremischen Staat unterstützt wurden, müssen hiernach anders beurteilt werden. Diese hohe Forderung ist auch Veranlassung, daß der Staat Bremen bei der Rekonstruktion der Schröder-Bank 10 Millionen Mark Aktien, also zwei Drittel von dem neu auszugebenden Kapital von 15 Mill. Mark, übernehmen wird; vorher war nur von einer Beteiligung von 5 Mill. Mark die Rede. Im Bremer Parlament steht noch eine Aussprache über diese Beteiligung bevor; auch dieses hat bisher von der hohen Einlage nichts gewußt.

Die neu zu gründende Bank wird die Hauptbeteiligungen der Schröder-Bank, die Aktienpakete vom Norddeutschen Lloyd und der Deichmag, nicht übernehmen. Man spricht davon, daß der Thyssen-Konzern die Deichmag dem Bremer Vulkan in Verlage angliedern will. Die 12 Mill. Mark Norddeutsche Aktien sollen verkauft werden; wer der Käufer sein wird, ist nicht bekannt.

Die bremischen Wirtschaftskreise hielten in der Gewerbekammer eine Versammlung ab, in der die Vertreter der bremischen Wirtschaft aufgefordert wurden, Garantiescheine für die neue Bank zu zeichnen und dadurch 5 Mill. Mark neues Kapital zur Verfügung zu stellen. Hierüber soll die Entscheidung am Donnerstag fallen.

Abschluß der Gewerkschaft Mont Genis.

Verkauf der Sticksstoffanlage hat sich günstig ausgewirkt.

Die Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Mont Genis in Herne-Sodingen gehört zum Interessenbereich des Herrn Flick. Das Geschäftsjahr 1930 schließt mit einem Reingewinn von 0,14 Millionen Mark ab, während für das vorhergehende Jahr ein geringer Verlust von 2700 M. ausgewiesen wurde.

Das bessere Ergebnis scheint auf den Verkauf der Sticksstoffanlage, die ursprünglich gemeinsam mit der preussischen Staatsgrube Hibernia errichtet wurde, an die IG-Farbenindustrie zusammengehört. Durch diesen Verkauf sind der Mont Genis erhebliche Mittel zugeflossen. Die Bankguthaben sind von 0,9 auf 3,8 Millionen Mark erhöht. Die Beteiligungen erscheinen nur mit 1,4 noch 6,03 Millionen Mark — hier hat man offenbar starke Abschreibungen aus dem Buchgewinn beim Verkauf der Sticksstoffanlage vorgenommen. Trotz der schlechten Anlage für Kohlen ist man bei einem starken Ausbau der Anlagen — der Aktienposten Schacht- und Grubenbau hat sich von 1,1 auf 2,5 Millionen Mark erhöht; neu erscheinen Anzahlungen auf Neuanlagen mit einer Million Mark.

Wenn trotz dieser Neuanlagen und trotz des Rückganges der Kohlenförderung von 1,15 auf 1,01 Millionen Tonnen die Vorräte nur wenig höher, mit 0,87 gegen 0,76 Millionen Mark ausgewiesen werden, so darf man auf erhebliche stille Reserven in den Bilanzposten schließen. Die Dividendenlosigkeit des Kapitals von 8 Millionen Mark will nicht viel besagen.

Diskontenerhöhung auch in Danzig. Die Bank von Danzig hat ihren Diskontsatz von 7 auf 10 Proz. und den Lombardsatz von 10 auf 12 Proz. erhöht.

Sticksstoffverhandlungen gescheitert! Die Erneuerung des internationalen Sticksstoffvertrages konnte in den Verhandlungen der Produzenten in Luzern nicht erreicht werden, angeblich infolge unerfüllbarer Forderungen der chilenischen Industrie. Uebersehenderweise erfährt man jetzt, daß auch unter den europäischen Interessenten keine Einigung zustande gekommen ist, ja, daß die Aussichten für eine europäische Einigung zur Zeit so gering sind, daß neue Verhandlungen vorläufig nicht in Aussicht genommen sind. Diese Tatsache ist das beste Zeichen dafür, daß der übermäßige Ausbau der Sticksstoff-Produktionsanlagen in aller Welt die Gegenläge sehr verschärft hat. Man wird also mit einem Preiskampf auf dem Sticksstoffmarkt rechnen müssen. Die durch Rotverordnung erfolgte Einführung deutscher Sticksstoffzölle gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung.

Deutsche überseeische Auswanderung 1930. Nach Uebersee sind im Jahre 1930 37 399 (1929 48 734) Deutsche ausgewandert. Davon gehören ihrem Beruf nach 8252 zur Landwirtschaft, 10 392 zur Industrie, 5108 zu Handel und Verkehr und 4833 zur Gruppe „häusliche Dienste“. Interessante Ergebnisse zeigt die Berechnung der Verhältnisziffern. Dann ergibt sich nämlich, daß den größten Prozentsatz von Auswanderern die Berufsgruppe „häusliche Dienste“ aufzuweisen hat. Von 1000 Berufsausgehörigen waren es in dieser Gruppe 2,5, die im Jahre 1930 ausgewanderten (in Württemberg sogar 10,9). Von 1000 Berufsausgehörigen der Landwirtschaft waren 0,6, der Industrie 0,4, von Handel und Verkehr 0,4 aus-

Bruno Corra: Abstieg vom Himmel

Abdel Azim, der Heilige von El Agat, der halbnaht auf der bloßen Erde schlief, fuhr sich empor. Es war Nacht, tiefes Dunkel, Stille. Warum war er so plötzlich aufgewacht? Er mußte einen furchtbaren Traum gehabt haben. Vom Alp bedrückt, hatte er seine Stirne auf dem rauhen Stein geliebt, der ihm als Kissen diente. Mit dem Zeigefinger berührte er die verletzte Stelle. Aber eine seltsame Unruhe blieb in ihm. Er hatte das dumpfe Empfinden, daß etwas mit ihm vorgegangen war. Er hob das rechte Bein und streckte es steif in die Luft: Schreden erfasste ihn. Sein Fuß war frei! Der Kopf hatte die Kette gerade dort zerstoßen, wo sie am Ring befestigt war, den man um die Fessel geschmiebelt hatte.

Instinktiv versuchte er, die Kette mit dem Ring wieder um seine Fessel zu legen, aber das Eisen zerbröckelte unter dem Druck seiner Finger, als wäre es Mörtel. Die Kette war in seiner Jugend an sein Bein geschmiebelt worden, und in der langen Zeit, da der Kopf an ihr fraß, hatte Abdel Azim Zeit, sich in einen ehrwürdigen Kreis zu verwandeln. Wie oft hatte inzwischen der sengende müßige Sommer über ihm angefohnt? Bierzig, vielleicht fünfzigmal, vielleicht noch öfter. . . Verflört sagte sich der heilige Mann: „Du bist frei. . . frei. . .“ Aber er verstand den wahren Sinn des Wortes nicht mehr. Er setzte sich erst, richtete sich dann auf und hob die Arme gen Himmel. Schon murmelten seine Lippen die Worte: „Warum, oh Allah, suchst du deinen treuen Diener mit diesem Unglück heim?“

Abdel Azim war nicht immer heilig gewesen. Als junger Mann hatte er sogar den Ruf eines gefährlichen Diebes. Da hatte der „Omdeh“ des Dorfes von El Agat beschloßen, ihn zur Strafe auf einem kleinen Erdhügel an einen Pfahl ketten zu lassen. Zwei Frühlinge hatte er dort verweilen sollen. Aber während des Sommers hatte Abdel unter der Einwirkung der glühenden Sonnenstrahlen wie im Haschischrausch endlose Reichen zusammenhängender Worte zu schreiben begonnen, unter denen die herbelgeeilten Reuegierigen immer wieder das Wort Allah vernahmen. Jemand hatte gesagt: „Abdel wird ein Heiliger.“ Eine Frau hatte ihr lebendes Kind zum ehemaligen Dieb gebracht, und Abdel berührte des Kindes Stirne. Und das Kind wurde gesund. Die Kunde von dem angeblichen Wunder hatte sich wie ein Rauffeuer verbreitet, und von allen Dörfern der Umgebung waren die Pilger herbeigeströmt. . . Als er dann seine Strafe verbüßt hatte, dachte niemand mehr daran, Abdel Azim, dem Allah in seiner Gnade Wunderkräfte verliehen, Abdel Azim, den Stolz von El Agat, zu bestrafen.

Der Ruhm Abdel Azims war, als sich immer wieder neue Wunder ereigneten, im Laufe der Zeit bis in die fernsten Gegenden gedrungen. Sogar zwischen den Bergen Abyssiniens und im fernsten Darfur und in den Wäldern der großen Wüste sprach man von dem neuen Heiligen, der sich in der Blüte seiner Jahre freiwillig dazu entschloßen hatte, auf einem Erdhügel, an einem Pfahl gefesselt, sein Dasein zu fristen. Jeden Tag brachten sich die Bogen der gabelbelebten Pilger an dem kleinen Erdhügel, auf dem der Heilige hauchte. Unermüdet hauchte Abdel Kranke, erlöste Begehrte, versöhnte Feinde, schlichtete Streitigkeiten, sprach Urteile, erteilte Ratsschläge und las in der Zukunft, um schließlich den Pilgern ihre Gaben, die sie ihm zu Füßen legten, zurückzuwerfen. Mächtig wie ein Gott, hatte er kein Verlangen mehr nach irdischen Gütern.

Nach zwanzigmal wiederholte der heilige Mann sein Stoßgebet: „Warum, oh Allah, suchst du deinen treuen Diener mit diesem Unglück heim?“ Unbeweglich wartete er. Der stotternde Umriß seines Körpers, an dem nur ein Lichtes Tuch um die Lenden hing, zeichnete sich schwarz als die Nacht gegen den hellen blauen Himmel. Es wurde ihm keine Antwort gegeben. Er sagte: „Gedenke dich Abdel Azim die Arme stützen.“ „Der Wille des Allmächtigen geschehe“, sagte er. Er beugte ein Knie zur Erde und neigte sich über die zerrissene Kette. Es war augenscheinlich: Allah, der ihn vor soviel Jahren gnädig zu sich erhoben hatte, wollte nun, daß er wieder als einfacher Mensch unter Menschen wandele. . . Und Abdel machte sich daran, Allah zu gehorchen.

Der Erdhügel, auf dem er sein Leben verbracht hatte, gleich einer abgeflachten Pyramide, deren beinahe senkrechte Wände manns hoch waren. Abdel streckte die Beine vor, stützte sich mit den Händen an die Kante, zog die Ellenbogen allmählich ein und ließ sich langsam hinuntergleiten. Er hatte das Gefühl, eine phantastische Reife aus dem Himmel zur Erde zu machen. Seine Füße berührten endlich den Boden. Während setzte er sich in Bewegung. Bei jedem Schritt glaubte er, in eine Grube fallen zu müssen. Auf der sandigen Ebene um den Erdhügel lagen gruppenweise Pilger, die in der Nacht angekommen waren und schlafend den neuen Tag erwarteten, um den Heiligen anzubeten. Zwischen ihnen schreitend, beobachtete Abdel Azim, der gewohnt war, die Menschen von der Höhe zu sehen, mit Bewunderung die armen sterblichen Körper, die auf derselben Erde lagen, die seine heiligen Füße berührten. Die Entfernung, die ihn von dem elenden menschlichen Böbel trennte, dünkte ihm unüberwindbar. Und während er ungelten einen Fuß vor den anderen schob, stammelte er ängstlich: „Wie werde ich, oh Allah, wieder Mensch werden können?“ Er ließ die letzte Schar schlafender Pilger hinter sich, ging an den Lehmhütten von El Agat vorbei und schloß sich an, einen Weg einzuschlagen, der sich in einem Dickicht von Mangobäumen verlor, als ein auf der Erde liegender Mann seine Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Der Unbekannte schlief rücklings. Abdel beugte sich über ihn und blickte in sein Gesicht.

Es war ein alter Mann. Er mochte ein Ägypter sein, denn seine Hautfarbe war hell. Aus seinen Gesichtszügen entnahm man, daß er ein angegebener Mann sein mußte. Vielleicht war er aus dem fernen Luxor oder aus Assut gekommen, um den Heiligen von El Agat um Rat anzugehen. Vorsichtig legte sich Abdel auf die Erde an des Schlafenden Seite. . . Er schloß sich von diesem einsamen Fremden minder fern als von den anderen Menschen, die dort unten scharenweise wie Hammel lagen. . . Er gab sich Mühe, seine Atemzüge an jene des schlafenden alten Mannes anzugleichen. Und in Gedanken betete er: „Hilf mir, Allah, steh mir bei, offenbare mir, auf welche Weise ich mein menschliches Wesen wiederfinden kann!“

Ein Schauer durchrieselte ihn. Jäh hatte ein Gedanke sein Hirn durchquert: so lebendig und zwingend, daß seine rechte Hand sich sofort daran machte, ihn zur Wirklichkeit werden zu lassen, ehe noch sein Gewissen ihn erwogen hätte. Hierig hatte sich seine Hand gegen die Tafel ausgestreckt, die der Alte unter den linken Arm gedrückt hielt. Es war eine geldgefärbte Tafel, wie sie ihm zahllose Pilger angeboten, die er aber immer zurückgewiesen hatte. Nun aber bebten Abdel Azims Finger vor Glück. . .

Aufgeregt und verwirrt wie Abdel war, hätte er nicht sagen können, ob ihm die sonderbare Eingebung vom Himmel oder aus der Tiefe seiner Vergangenheit gekommen wäre. Als er nun aber die Tafel mit größter Vorsicht aus der Umklammerung des Schlafenden zu lösen begann, spürte er in seinen Adern wieder das verlorene Gefühl menschlichen Lebens erbeben. Wie liebte die Erde, auf der er lag, sich an seinen Körper schmiegte, der von jugendlicher Kraft durchströmt wurde! Seine Finger kammerten

sich an die Tafel wie die Finger eines Schiffbrüchigen an die treitende Planke. Er zitterte vor Angst, daß der Unbekannte aufwachen könnte. Und dieses Zittern betundete ihm seine Wiedergeburt.

Der alte Mann hatte die Tafel gewiß zu dem Zwecke mitgebracht, sie Abdel Azim zu Füßen zu legen. Aber nun Abdel sie in seinen geringen Diebsfingern hielt, sagte er bei sich zu dem Alten: „Wenn du jetzt aufwachst, Alter, dich vor mir in die Knie beugst, mich heilig nennst und mir die Tafel schenken willst, die ich dir zu stehen im Begriffe bin, so erwürge ich dich, Alter, so mochte Allah aus dem Himmel auf mich herabblitzeln!“

Endlich stand er aufrecht, drückte die Tafel wie ein geliebtes

Hans Reimann: Beckassel und Onnimuff

Als mein Sohn Peter drei Jahre zählte, spielte er leidenschaftlich gern mit Wäseklammern, und weil dies nicht nur dem Vater und der Mutter, sondern auch dem aus einer Donna vom Lande bestehenden Personal höchlich auf die Nerven fiel, hörte Peter, der Stöpsel, häufig die kategorische Mahnung: „Lasse liegen!“, nämlich die Klammern — offiziell: Vadellegen. Statt „Schachtel“ sagte Peter „Gau“. Warum Gau eine Schachtel war, wird in ewiges Dunkel gehüllt bleiben. Jeden Kleistift, und er verkonsumierte deren eine Fülle, nannte er „Rawwlrühse“. Stand ihm der kleine Sinn nach Heidelbeeren, so schrieb er: „Reihenne!“ Später fand er, daß Apfelsimus das einzig Wahre sei, und so wandte sich jegliches Kompott in „Apfelsimuh“. Eines Tages meldete sich Walter Mehring an, und Peter verkündete der Donna: „Heute gibts Pöskartoffel mit Mehring!“

Der Sohn meines Freundes Jacobs redete bis zur Konfirmation seinen Papa als „Reinwater“ an — im Gegensatz zum „Großvater“.

Jürgen behauptet von Lante Ella, sie habe eine grüne Stimme und dickbüchtige Beine; er setzt keine Schokolade mit Zucker, jongliert mit dem Worte „kulussal!“ und bildet sich manchmal ein, die Sonne tropfend auf seinen Kopf.

Der kleinen Johanna zeigte man ein Lichtbild. Johanna bestellte sich das und tot den Ausspruch: „Das ist die Mutti — tot — und an die Wand geklist.“

Die nämliche Johanna verriet mir: „Es war so furchtbar heiß — da ich der Laubfrosch nicht ertrunken wie der erste — sondern ertrudnet.“ Frank, der kaum dreijährige Sonderling, fragte bei mir an, ob der Schnee im Winter tief liege oder hoch. Wir stiegen über eine Wiese, und Frank trat — laut eigener Aussage — in den großen Wunsch von einer Kuh. Eine Weile später triumphierte er: er habe Kaffeebohnen gegessen. Ich erlaubte mir die Belehrung, daß solche Kaffeebohnen nichts anderes seien als der große Wunsch von Flegeln, worauf Frank in Nachdenklichkeit und alsdann in die Bemerkung ausbrach: „Warum lügen denn die Flegeln so?“ Die Grillen zirpten, was ihre Zirpe nur hergab, aber Frank glaubte nicht an Grillen, sondern taute sie (mit Recht) Zierpen. Weil sie nicht grüßen. Für Kolomotive, diesen teuflichen Ausdruck, sagte er Kolomotive, und die Kolomotive änderte sich, als Frank manndar wurde, zu einer Kolomotive mit wuchtig herausgeschmettertem zweitem i. Einmal kam er strahlend nach Hause; er hatte einen Pfennig gefunden. Einmal durste er mit in den Keller, und aus einem leeren Karioffellack stattete er mottendähnliches Insekt hervor. Frank brüllte selig: „Oh — eine Perche!“ Frank lernte Gedichte auswendig und fügte jeder Zeile ein nettes „Zuwi-

Wesen an sich und entfernte sich wankend, sich immer wieder nach dem Fremden umsehend, der ruhig weiter schlief. . . Das schwarze Dickicht der Mangobäume verschluckte die hellen Schatten seines Lendentuches und seines Turbans. Jenseits des Dickdichs erreichte Abdel den Weg, der auf dem Damam längs des Nilufers dahinführte, und schleppte sich mühsam weiter.

Bei Morgengrauen stieg er todmüde in eine Felskluft, die, mit leeren Flaschen beladen, von Wadi Galsa kam und stromabwärts nach Assuan fuhr. Der Bootsmann, dem er eine Silbermünze versprochen, nahm ihn müllig auf.

Als die Sonne glühendrot am Horizont emporstauhte, neigte sich Abdel Azim nach vorne und betete inbrünstig zu Allah: „Oh, Barmherziger, Allmächtiger, Allwissender, schenke deinem treuen Diener Abdel Azim noch viele Jahre des Lebens, damit er bis zum Schluß deines Willens folgen, jeden Tag mehr Mensch, mehr Sünder, mehr Dieb werden könne!“

(Aus dem Italienischen von Carl Georg Spengler.)

vallera“ hinzu; denn er hatte bemerkt, der fokette Schein, daß mir dieses gefiel.

Peter und Frank nannten die Milchflasche: Ich. Das „Ich“ war die Milch, die ihnen ganz allein gehörige Milch. Und es dauerte lange, bis sich der Ich-Begriff in richtiger Anwendung einstellte. Sie redeten beide von sich in dritter Person. Peter sagte, Peter will was haben, und Frank sagte: Frank will was haben. Dann tuckten sie sich das „Ich“ voneinander ab und unterschieden die diversen Ichs. Die Estimos und andere primitive Völker reden unentwegt in der dritten Person oder im neutralen „man“. Wer die abgrundhäßlichen und abgrundherrlichen Bücher Peter Freuchens liest („Der Estimo“ und „Die Flucht ins weiße Land“), erlebt mitfühlend eine dumpfe Unsprachlichkeit. Kaum aufgeschnappte Lautverbindungen in einen Topf gemorfen. Dem Schwerhörigen ähnlich, der Unfuss zu vernennen wähnt und ihn vorsichtshalber mit einem drangehängten Fragezeichen wiederholt.

Zitatweise und aufs Geratewohl verwendet das Kind gefällige, ihm gefällende Wörter und erweckt dadurch bei törichtem Eltern den Eindruck von Klugheit oder gar Klugheit. Das Kind hat nach keine trüben Erfahrungen hinter sich, hat noch keine rote Linie geschaut, braucht noch nicht zu schreiben, darf sich ganz auf sein Gefühl und auf seine Phantasie verlassen, darf auf gut Glück plappern, erntet Schmungen und Gelächter, spielt mit der Sprache wie mit seinen Bauklötzchen, wird immer neugieriger, geht auf sprachliche Entdeckungen aus, konstruiert Wörter nach vorhandenem Beispiel, schwägt Gekörtes nach, unbedenklich und hemmunglos, und betätigt sich als souveräner Künstler. Für Renate war einer, der mühelos zu schleppen hatte, ein Beckassel, also ein mißverstandener Pack-Fiel. Die Brille hieß „Augen“, evangelisch hieß „fröngelisch“, und Wäseklammern, Staubtuch und Kop waren „Buh“, offenbar Bugklappen. „Der Onnimuff“ wurde zum „Onnimuff“, die Richard-Wagner-Straße wurde zur „richtigen Wagen-Straße“, die Zeitung war ein „Leis“ (Verschmelzung von Lesen und dabei leise sein), der Daumen war der „Dado“, das Telefon war der „Hallsch“, und da Renate in Mannheim aufwuchs, wurden ihre Strumpfbänder zum „Dumhale-Bändele“.

Der Sprechende denkt, der Denkende spricht — das Baby ist stumm. Ergiebt sich mit gutem Beispiel vorangehen. Im Sprachlichen; sauber reden. Denn Kinder besitzen unheimlich scharfe Ohren und einen wachen Verstand. Man kann ihn wecken. Intelligenz und sprachlicher Sinn sind erkennbar, ansehnlich. Darum soll man nie mit Kindern drastischen und künstlich-kindlich schwächen, sondern, sobald sie nach Kusdrücken tasten, wie mit feinsgeigten reden. Dann kommt die Welt weiter.

Amerika verbietet!

Die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen aus 48 Bundesstaaten, die sämtlich ihre eigenen Gesetze haben, und da diese Gesetze als solche oft gar zu eifrig sind, so kommen dort mitunter Gesetze zustande, die in bezug auf Schnurrigkeit kaum ihresgleichen finden. Zur Belustigung ihrer Leser gibt die New-Yorker „World“ eine Blütenlese von Gesetzentwürfen wieder, die den einzelnen Parlamenten zur Beratung vorgelegt werden sollen. So kann man unter anderem in der „World“ folgendes nachlesen:

Rev. Oscar Hayward, ein Gesetzgeber von State North Carolina, will das Streicheln (petting) als gesetzwidrige Handlung erklärt wissen. Man muß dazu wissen, daß das Streicheln einen sehr volkstümlichen Begriff und gleichzeitig eine äußerst beliebte Beschäftigung in Amerika darstellt, die vorwiegend von Backfischen und Jünglingen, und zwar mit Vorliebe in verhängten Autos ausgeübt wird; natürlich kann sie auch zu Hause betrieben werden, d. h. freilich, wenn der Gesetzentwurf etwa durchgehen sollte, auch da nicht mehr.

Der Gesetzgebung in Pennsylvania ist eine Vorlage unterbreitet worden, nach der die Abgeordneten, zum Unterschiede von den gewöhnlichen Sterblichen, die sich in die Wandelgänge verirren, zum Tragen von Hülfen, Frack, Bomacken und gestreiften Hosen genötigt werden sollen. Man wird den Kampf der Abgeordneten von Alleghany Country, Mrs. Helen Grimes, gegen diese Vorlage ohne weiteres nachfühnen, wenn sie sich nun leidenschaftlich weigert, vor dem Parlament in gestreiften Hosen nackt zu erscheinen.

Charles Weaver, ein Senator von Oklahoma, wünscht bezüglich Größe und Dicke der Biskuits eine gesetzliche Regelung: das Biskuit soll von nun an in seiner Länge einen Durchmesser von mindestens 3 Inches aufweisen, keinesfalls jedoch dicker als 1 Inch sein.

Der Staat New Hampshire ist die Heimat der Niesen. Dort ist dem Parlament ein Gesetzentwurf eingereicht worden, wonach die Höhe der vor den Hotels und Privathäuser befindlichen Schirmdächer auf sieben Fuß (2,10 Meter) und die Länge der Hotelbetten auf ebenfalls sieben Fuß festgelegt werden soll.

Im Staate Oregon will man den Zigarettenfabriken verbieten, auf ihren Plakaten und Anzeigen schöne junge Männer mit der Zigarette im Munde erscheinen zu lassen, da solche Reklame geeignet sei, Kinder zum Rauchen zu verleiten.

In Kansas haben 61 Bürger eine Petition auf ein Verbot der Herstellung der Fleischpastete eingereicht. In der Begründung heißt es, die Kinder bekämen von ihrem Genuß Kopfschmerzen und blieben infolge des dadurch verursachten ungesunden Schlafes in ihrer Entwicklung zurück.

Texas soll zum Schutze gegen die Pelikane eine 25000 Dollar betragende Summe von Staats wegen bewilligt haben. Durch die Belohnung von 25 Cents pro erlegtem Pelikan soll die Förderung der Fischzucht und die Verbilligung der Fische bewirkt werden.

Eine Frauenabgeordnete von Indiana fordert die Unterstellung der Schönheitspflegeäden unter staatliche Aufsicht und beantragt die

Erteilung des Gewerbebescheines nur an gesundheitlich und moralisch einwandfreie Friseure.

Der einzige Gesetzentwurf von etwas größerer Tragweite und gleichzeitig der — wenigstens von leichtlebigen Männern — am sympathischsten empfundene stammt von dem New-Yorker Abgeordneten Frederick L. H. C. E. n. b. u. r. g. in Albany. Nach diesem Entwurf soll der geschiedene Ehegatte ein Jahr nach erfolgter Scheidung nicht mehr zum Unterhalt seiner früheren Gattin verpflichtet sein. Im „Alimony Club“, den die wegen Nichtzahlung der Alimonte eingesperrten Ehegatten im Ludlow-Street-Gefängnis gegründet haben, ist die Nachricht von diesem Gesetzentwurf mit stürmischem Beifall aufgenommen und an die Adresse des „mutigen“ Abgeordneten ein begeistertes Begrüßungstelegramm geschickt worden, na.

Hauptpunkte des organischen Lebens

Der Durchmesser jener Sphäre um unsern Planeten, in der Leben herrscht, ist verhältnismäßig klein. Das, was die Wissenschaft den „Nullpunkt des organischen Lebens“ nennt, ist z. B. schon in den Höhen der Luft erreicht, die Prof. Piccard jetzt mit seinem fähigen Ballonflug durchgemessen hat. Um Innern der Erde vermögen sich Tiere nur wenige Meter tief in selbstgegrabenen Bauten oder unterirdischen Höhlen zu halten, und in den tiefsten Tiefen des Weltmeeres erstirbt nach und nach das organische Dasein.

In seiner Zusammenfassung solcher „Nullpunkte“ in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ betont Rudolph Schiffer, daß die Daseinsmöglichkeiten für Tiere in 10 000 Meter Meerestiefe nur noch äußerst gering sind, aber diese letzte Grenze ist verschwindend klein gegenüber dem Radius der Erdrugel. Doch auch innerhalb der schmalen Schicht um unsern Planeten, die von Organismen bewohnt ist, sind dem Leben zahlreiche Grenzen gezogen, die nur mit Lebensgefähr überschritten werden können. So bedeutet für den Menschen eine Bluttemperatur von 42,8° C das Neusehste, weil dann das Eiweiß gerinnt.

Es gibt einzelne Algen, die noch bei 92° C existieren können; trottsene Samen ertragen auf kurze Zeit sogar eine Hitze von 120°, Sporen und Bazillen von 130° C. Wie Steigerung so setzt auch Verminderung der Temperatur dem organischen Leben ein Ziel. Solche Kältengrenzen des Daseins sind z. B. bei der Banane — 2,18°, beim Felbaum — 4,1°, beim Vellchen — 9°, beim Stelndrech 14,2°, beim Epheu — 23,3°, bei der Eibe — 24,9°.

Zu hoher Salzgehalt des Wassers verhindert das Leben, und so ist z. B. das tote Meer gänzlich ohne Organismen, selbst seine Ufer sind verödet. Der Sauerstoff ist für die meisten Lebewesen unbedingtes Erfordernis; Pflanzen und Tiere können ihn in der Luft oder im Wasser nur kurze Zeit entbehren. Doch gibt es einige wenige Lebewesen, die vom freien Sauerstoff vollkommen unabhängig sind, so z. B. das Effigälchen. Die in der Darmflüssigkeit höherer Tiere vorkommenden Amöben, Flagellaten, Infusorien, Würmer usw. brauchen den Sauerstoff ebenfalls nicht, da sie ihre Energie durch Spaltung gewinnen. Doch gibt es nur eine sehr beschränkte Anzahl von Organismen, die im Kampf ums Dasein die Grenzlinien des Lebens zu verrücken oder zu umgehen wissen.

Bäder und Kurorte in Not

Eine Sache, die alle angeht.

Die Folgen des schwarzen 13. Juli haben sich auch in den deutschen Bädern und Kurorten, Sommerfrischen und Erholungsplätzen verhängnisvoll ausgewirkt. Überall war ein Zurückströmen der bestürzten und unsicher gewordenen Familien, ein vorzeitiges Abbrechen des Urlaubs und der Ferien zu verzeichnen. Aber auch aus dem uns benachbarten Ausland kamen die Deutschen in Scharen zurück, besonders deswegen, weil man ihnen in den ersten Tagen des Schreckens keine deutschen Zahlungsmittel mehr abnahm.

Inzwischen ist ja überall im Inland und Ausland eine wesentliche Beruhigung und Festigung eingetreten, aber zurück bleibt doch ein gewaltiger Verlust, der um so schwerer wiegt, als auch das Jahr 1931 den Bädern und Sommerfrischen bereits eine große Enttäuschung gebracht hatte, der jetzt eine noch größere folgt. Man hat nun geglaubt, den deutschen Kurorten dadurch zu helfen, daß man die inzwischen geradezu anrüchlich gewordene 100-Mark-Bahngeld für Auslandsreisen eingeführt hat, eine unglaublich kurzfristige Maßnahme. Als Folge hat sich nämlich bereits herausgestellt, daß das Ausland dazu übergeht, seine Staatsangehörigen von einem Kur- oder Bergnützungsaufenthalt in Deutschland abzurufen. Kummern sind es die deutschen Kurorte selber, denen vor der deutschen behördlichen Fürsorge hinfänglich wird, weil sie befürchten, daß ihnen als Folge der 100-Mark-Bahngeldverordnung auch noch die zahlungsfähigen Ausländer vergrault werden, und sie wehren sich gegen diese doch wieder einmal aus „nationalen“ Gründen getroffene Maßnahme energisch. So selbstverständlich es uns erscheint, daß Deutsche, die noch das Geld haben, um reisen zu können, sich auf die Schönheit des eigenen Landes und auf die erwiesene Heilkraft seiner Bäder besinnen, so selbstverständlich erscheint uns eine sachliche Beurteilung der Auslandsbäder, Kurorte und Sommerfrischen, die vielfach, wie in Böhmen und der Schweiz, im deutschen Sprechgebiet liegen.

Run liegt die Erwiderung nahe: Was kümmert uns das? Wer hat denn heute Geld zu Urlaubs- und Kurreisen? Dem ist Folgendes entgegenzuhalten:

In steigendem Maß hat in den letzten Jahren die deutsche Sozialversicherung, haben Angestellten- und Invalidenversicherung und die Krankenkassen die wunderbare Heilwirkung der deutschen Heilquellen und Bäder ihren leidenden Angehörigen zuteil werden lassen.

Mag dies dem Kritiker auch nur als ein Anfang erscheinen, so ist es doch immerhin ein hoch erfreulicher Anfang. Weiter haben die Gewerkschaften aller Richtungen, viele Staats- und Gemeindebetriebe, auch private Großfirmen sowie gemeinnützige Organisationen eigene Erholungsheime in ganz Deutschland errichtet. Und auf diese Weise kommen — Beweis für die siegreiche Kraft des sozialen Gedankens — sehr viele Urlauber und Erholungsbedürftige in Bäder und Kurorte, in die sie aus eigener Kraft niemals kommen könnten. Ueberordentlich beachtenswert erscheint uns in dieser Hinsicht auch die Zuschrift der Allgemeinen Deutschen Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime (Adese) in Jena, Marienstraße, in der es heißt:

„Welcher Arbeiter, Angestellte oder Beamte hat nicht nach der rationalisierten, nervenaufreibenden Tätigkeit das Bedürfnis nach Entspannung und nach Ruhe? Darum bedeutet jede Erholungsreise eine Entspannung der Nerven und eine Auffrischung der Kräfte. Man beachte zwar allenthalben diese Frage, aber man erhält zugleich darauf die Antwort: „Für Erholungsreisen haben wir in diesem Jahre kein Geld übrig.“ Also für das kostbarste Gut, für die Gesundheit, das einzige Kapital, das der Erwerbstätige für den Kampf ums Dasein aufbringen kann, haben viele kein Geld. Wird aber nicht so manches Geld unnötig ausgegeben? Dies sollte man vermeiden, und sich dafür lieber eine Erholungsreise gönnen. Denn darin liegt doch der Erholungswert, daß man sich auf einige Tage oder Wochen aus dem Tageslauf ausschaltet und die heilkräftige Ruhe eines behaglichen Geborgenheits durchkostet. Dadurch spart man viele Kosten, die andernfalls durch Arztbesuche und Medikamente entstehen. Um nun eine wirklich ausgleichende Entspannung für die Hege des Arbeitslebens zu finden, ist es nicht notwendig, teure Bäder aufzusuchen. Es ist deshalb durch Schaffung von Erholungsstätten darin Wandel geschaffen worden. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ und die Adese, beide in Jena, Marienstraße 4, Organisationen, gegründet von freigeberischen Erwerbstätigen und freien Gewerkschaften und gestützt von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), AFD-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, hat in den schönsten Gegenden Deutschlands eine Anzahl von Ferien- und Wanderheimen. Dort kann sich jeder wohlfühlen, denn er befindet sich unter Gleichgesinnten.“

SOS-Ruf der Seebäder.

Einen besonders schweren Schlag haben die Ostsee- und die Nordseebäder erlitten. Die Notlage der vielen Tausende von kleinen und kleinsten Hotels und Pensionaten fand beredten Ausdruck in einem Vortrag, den Direktor Kunters vom Verband Deutscher Ostseebäder in einer Pressebesprechung hielt. Syndikus Kolanowski vom Verband Deutscher Nordseebäder ergänzte diese Ausführungen und wies darauf hin, daß Ostsee und Nordsee sich bemühen, die Preise den Verhältnissen anzupassen. Man bekommt jetzt bereits überall volle Pension von 3,50 Mark an. Der Generalsekretär der Balneologischen (Bädertundlichen) Gesellschaft Dr. Hirsch hielt einen Vortrag über die deutschen Bäder, und es berührte sympathisch, daß er die Sozialversicherung Berechtigten widerfahren ließ, indem er erklärte, daß für die Angehörigen der Sozialversicherung

die deutschen Bäder wirklich Heilbäder und keine Vergnügungsplätze seien, für die sie leider nur zu oft von den Einzelreisenden gehalten werden. In der Aussprache kam einhellig auch das Befremden und das Bedauern über die merkwürdige unmaßvolle aberkühnliche Einstellung der deutschen Reichsbahn zum

Ausdruck, die es nach wie vor ablehne, für ausgesprochene Kurreisen Ermäßigung und für Berlin durchgehende Sonntagskarten für die Ostsee zu gewähren. Die bereits bestehenden sogenannten Ermäßigungen bei der Reichsbahn wurden von einem Redner richtig als minderwertige Leistungen gekennzeichnet. Die 100 Mark Ausreisegeld wurde ebenfalls einhellig verurteilt. Man war aber auch der Meinung, daß die deutschen Kur-, Bäder- und Erholungsorte in ihren vortrefflichen Wirkungen so lange und so oft erprobt sind, daß es nicht zu rechtfertigen ist, wenn man ihnen ausländische Kurorte vorziehe, wobei wir hinzufügen wollen: unter der Voraussetzung, daß jegliche Art Nepp unterbleibt und daß man sich in den deutschen Kur- und Badeorten endlich den gegen 1927 bis 1929 gründlich gewandelten Verhältnissen anpaßt. Wir dürfen aber auch nicht verschweigen, daß sich die deutschen Seebäder ungeheuer viel Sympathien verschert haben dadurch, daß sie die schwarzweißroten Fahnenparaden, vielfach recht able Anpöbelungen der Republikaner

Morgen, Donnerstag, den 30. Juli, 20 Uhr: Kundgebungen

„Proletarische Jugend gegen Kirche und Reaktion“

Bildungsschule Nord (Werbezirk Wedding, Tiergarten und Reinickendorf): Arminius-Festhalle, Bremer Str. 72. Ref.: Rektor Fritz Schmidt.
Bildungsschule Nordost (Werbezirk Mitte, Prenzlauer Berg u. Pankow): Ledigenheim, Pappelallee 15. Ref.: Karl Schröder.
Bildungsschule Ost (Werbezirk Osten, Lichtenberg, Oberspree u. Müggelsee): Andreas-Festhalle, Andreasstraße. Ref.: Fritz Schmidt, Pankow.
Bildungsschule Süd (Werbezirk Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof): Saalbau Neukölln, Bergstraße. Ref.: Käthe Meyer-Lugau.
Bildungsschule West (Werbezirk Schöneberg, Westen u. Fetsowkanal): Aula der Hohenzollern-Schule, Schöneberg, Belziger Straße Ecke Eisenacher Straße. Ref.: Genosse Graul.

Jeder, der aus der Kirche austreten will, hat in diesen Kundgebungen Gelegenheit dazu.

und sogar Verächtlichmachung der Reichsflaggen geduldet oder sich nicht energisch genug dagegen zur Wehr gesetzt haben.

In Urlaub und Ferien, in die Sommerfrische gehen, zur Kur reisen, das alles ist Ausdruck einer bestimmten Willensrichtung, nämlich sich gesund zu erhalten oder gesund zu werden.

Die Jugend aber soll für die ihrer später horrenden Wirtschaft- und Berufskämpfe gesundheitlich gestärkt, es soll ihre eine feste Grundlage körperlicher und seelischer Kraft mitgegeben werden. An diesem Ziel ist das gesamte Volk gleichmäßig beteiligt, und deshalb ist auch zu wünschen, daß die deutschen Kurorte, Seebäder, Sommerfrischen und Erholungsstätten diese schwere Krise überleben.

Wer also seinen Urlaub nach vor sich hat und es noch kann, der soll versuchen, seinen täglichen engen Lebenskreis zu verlassen, um für Tage oder Wochen in der Freiheit der See und der Seen, der Flüsse, Wälder und Berge Kraft und Gesundheit für die Lebenskämpfe aller Art zu schöpfen. Für Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Sportler, Naturfreunde ist es Ehrensache, in erster Linie die von ihren Organisationen unterhaltenen oder geförderten Erholungsstätten aufzusuchen. Und unseren Jugendlichen stehen ja die wirklich einzigartigen schönen deutschen Jugendherbergen zur Verfügung, in denen sie für wenige Pfennige zum Erleben ihrer Jugend kommen. Für alle die aber, die nicht in die lockende Ferne ziehen können, hat der „Vorwärts“ durch ständige Veröffentlichung von Heimatwanderungen und 25-Pf.-Wochenendauffahrten versucht, Anregungen zu schaffen.

Ferien der Daheimgebliebenen.

Berliner Kinder auf den städtischen Außenspielplätzen.

Immer größer wird die Zahl der Ferienkinder, die ihre Schulferien in der Großstadt verleben müssen. Jeder Verpflegungstag für etwa 1500 bis 2000 Kinder auf einem städtischen Außenspielplatz kostet viel Geld; es wird pro Kopf ein halber Liter Frühstück, ein halber Liter Nachmittagstee und ein Liter Mittagessen gerechnet; eine Mittagessenszeit der 2000 enthält: 5 Zentner Bohnen, 4 Zentner Kartoffeln und 1 Zentner Fleisch. Trotzdem aber trifft es jeden Zurückgewiesenen, der sich diesen Massentourismus ja nicht erlauben kann, hart, wenn gerade sein Kind nicht mit dabei sein darf. Für die Mutter bedeutet es eine wirtschaftliche und persönliche Entlastung, wenn sie die Kinder in guten Händen weiß und beruhigt ihrer Arbeit nachgehen kann. Da kommen oft vier bis fünf Vertreter einer Familie, dabei sind die Kleinsten sowie zu Hause geblieben; je mehr Kinder, desto besser macht sich der geringe Verpflegungssatz bezahlt, weil ja nur das erste Kind voll bezahlt, das zweite die Hälfte und die übrigen ganz frei sind.

Der Schulhof ist der Versammlungsplatz der Teilnehmer, die sich weder durch trübes, noch durch Regenwetter von ihrem Vergnügen abhalten lassen; das ist gut so, sonst hätten sie in diesem Jahre so gut wie gar keine Ferienerholung gehabt. Wenn man seine Schäflein dann beisammen hat und so ungefähr ihre Zahl überschauen kann, wird die Wald- und Wiesentäglich benachrichtigt, auf wieder Gäfte sie sich einzurichten hat; es wird hierbei so stark wie möglich nach oben abgerundet und wer Glück und Appetit hat, der kann beim Mittagessen nicht nur einen, sondern auch zwei und drei Liter Essen lassen; große, kräftige Esser schaffen dies ohne Murren. Aber man merkt auch genau, wann der Speiszeit nach Wunsch ausgefallen ist und wann nicht; grüne Bohnen sind beispielsweise sehr stark gefragt, dagegen notiert gemischtes Gemüse äußerst schwach. Mit Untergrund-, Stadt- oder Straßenbahn langt die kleine Gesellschaft des Morgens mit Befang und bester Laune auf dem Spielfeld an; erste Etappe: Frühstück! Dann geht's zum Spiel, jede Gruppe hat da ihre Lieblingsbeschäftigung, Völkerball die einen, Turnen die anderen, die Mädchen üben schon fleißig Reigentänze für

die nahende Abschiedsfeier. Dann gibt es wieder welche, die sich der stillen Rast ergeben, aus Decken und Mänteln kunstvoll ein Zelt erbauen. Inzwischen brodelt es schon in den Kiefernfeldern der Waldfläche, mittägliche Dünste erfüllen die Natur. Um 12 Uhr erschallt der fehmlich erwartete Essenruf. An langen Tischen wird getastelt, nachher gibt es eine Ruhepause. Die ganz Unentwegten spielen in dieser Zeit weiter, viele lesen, aber es muß eine Stunde still sein, damit die Schlafbedürftigen Ruhe finden. Dann geht das Spiel weiter und bald darauf rollt das Bäderauto mit den frischen Schrippen an, die in großen Wäschekörben ankommen. Jedes Kind erhält zwei Stück, auch der Kakao ist abholfertig, die Mannschaft vom Dienst schultert die Eimer, die die Köchin auffüllt und jedes Töpfchen wird bis an den Rand gefüllt. Das Vesper- und Frühstücksgeschirr wird in eigener Regie an langen Wasserleitungsanlagen — die nebenbei das heißersehnte Spielzeug der Bänder darstellen — gereinigt. Wo Badegelegenheit vorhanden ist, wird gebadet, wo nicht, gibt es vielfach Brauseanlagen, die in heißen Tagen naturgemäß ständig belagert sind. Auch bloß ein Gartenschlauch, durch den Hydranten gepeist, muß oft die ersehnte Kühlung bringen. Bei schlechtem Wetter wird in den gedeckten Unterfunkhallen gespielt, gelesen oder erzählt; an Zeitvertreib ist kein Mangel und wenn zum Abmarsch befohlen wird, dann ist man eigentlich noch lange nicht so weit.

In froher Gesellschaft von Altersgenossen, guter Luft und kräftigen Essen erholen sich die Bleichgesichter zusehends und wenn es auch keine richtige Sommerreise war, schöner als daheim im sonnenlosen Hof oder auf der staubigen Straße ist es immer noch!

Der flämisch-hinterindische Film Chang wird vom 28. Juli ab im Planetarium (am Bahnhof Zoo) vorgeführt. Ein Einführungs-vortrag mit Zeiß-Planetarium geht vorher.

Allgemeine Wetterlage.



In Ostdeutschland herrschte heute regnerisches Wetter, da sich in den Grenzgebieten zwischen der warmen kontinentalen und der kühleren ozeanischen Luft ein Tiefdruckgebiet über Polen und Ungarn entwickelte. Im äußersten Oberriesen lag die Temperatur noch auf 31 Grad, während im übrigen Reiche durchschnittlich nur 20 Grad erreicht wurden. Das östliche Tief wandert jetzt nach Nordosten ab. Ein breiter westlicher Luftstrom wird daher jetzt über Mitteleuropa herrschen. Da die westlichen Luftmassen aus höheren Breiten stammen, werden die Temperaturen für die Jahreszeit ziemlich niedrig liegen. Allmählich dürfte aber das westliche Hoch nach Mitteleuropa vordringen und etwas Besserung bringen.

Wetterausichten für Berlin. Veränderlich mit Schauern, ziemlich kühl, westliche Winde. — Für Deutschland. Im Süden zeitweise heiter und tagsüber mäßig warm, im übrigen Reiche wechselnd bewölkt, strichweise Regenschauer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gedanklandstr. 28, Hof 2, 2. Etz.
Reichsbanner-Bez. 1, Kameradschaft, 1. und 2. Zug: Mittwoch, den 29. Juli, 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schulze, Reuterstr. 47. —
Jugendbanner: Mittwoch, 29. Juli, 20 Uhr, Probe im Jugendheim, Weidenbühlstraße, Weidenbühlstr. 8, Stadtbücherei. —
Tropfen (Ortsverein), Jugendbanner: Mittwoch, 29. Juli, 20 Uhr, Probe im Jugendheim, Weidenbühlstraße, Weidenbühlstr. 8, Stadtbücherei. —
Ritte (Ortsverein): Mittwoch, 29. Juli, 20 Uhr, Probe im Jugendheim, Weidenbühlstraße, Weidenbühlstr. 8, Stadtbücherei. —
Tropfen (Ortsverein): Donnerstag, 30. Juli, 20 Uhr, allgemeine Funktionärsversammlung bei Berger, Rechenowstraße 21. —
Sanitätsführer: Donnerstag, 30. Juli, 20 Uhr, Sitzung im Gedanklandstr. 28.

Kameradschaften
Kameradschaften zu Charlottenburg S. O. (Einheitskassenschrift). Jeden Dienstag und Freitag, 7-8-9 Uhr: Anführer: Norddeutsche Arbeiter-Verbandsgruppe. Übertragung der Einheitskassenschrift auf das Englische. Siemens-Direktionskassette, Schloßstr. 27.

Arbeiter-Abteilungs-Verein, Bezirksgruppe Kreuzberg: Mittwoch, 29. Juli, 20 Uhr, alljährliche Gedächtnisfeier für die Gefallenen. Ref.: Gen. Ludewig. —
Bezirksgruppe Friedrichshagen: Donnerstag, 30. Juli, 20 Uhr, Jugendheim Diehlmeier Str. 5 (Weißliche Schule), Vorkurs-Vortrag: „Recht den Arbeitenden“, Ref.: Gen. Kaiser.

Socialista Esperanto Asocio Gr. Berlin. Ein membro devas aperi en sia klubo venontan merkredon a vendredon por sciigi, kie okazos kontraŭmilita manifestacio. Ni subtenas nian partion k samtempe ni disdonos flugilojn — varbajn. Ni ne migras je la 2. & 3.

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Meisterwerk für die Haut!

DAS GROSSE RUNDE
SCHNEEWEISSE
SEIFENSTÜCK
NUR NOCH 65g

Scharfmacher gegen Wien.

Die Interessenten gegen die Abrüstung.

Der internationale Sozialistenkongress in Wien debattiert über das Abrüstungsproblem. Wo wäre die Abrüstungsfrage, wenn nicht die Sozialisten aller Länder sie immer wieder stürmisch gefordert hätten! Die Presse der Scharfmacher bemüht sich, die Wirksamkeit der sozialistischen Arbeiterinternationale für die Abrüstung herabzusetzen — sie will nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung der besiegten Völker bis auf den Stand der Siegesvölker.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das eine Sprachrohr der bankrotten Wirtschaftsführer in Deutschland, ergeht sich in schmutzigen Beschimpfungen des Kongresses und seiner Teilnehmer:

Nach dem Grundsatz, daß das Volk nun einmal betrogen werden will, kleiden sie ihre Lügen in das betörende Mäntelchen der Humanität und jonglieren mit der Friedensphase und Völkerverständigung vor ihrem ebenso urteilslosen wie beifallsfreudigen Publikum.

Von Humanität wollen die journalistischen Handlanger der Rüstungsindustrie so wenig wissen wie von Frieden und Völkerverständigung — damit kann man keine Geschäfte machen wie mit Kanonen und Tanks!

Das Scharfmacherorgan tobt gegen Otto Wels wegen seines Bekenntnisses zur deutsch-französischen Verständigung. Sie nennt das „bedingungslose Unterwerfung Deutschlands an die französische Machtpolitik“. Sie hegt gegen die deutschen Sozialdemokraten:

„Die Ahnungslosesten aller Ahnungslosen aber sind die deutschen Ideologen des Sozialismus. Sie sitzen mit gläubigen Köpfen vor den ausländischen sozialistischen Aukuren und möchten sich vor Hingabe schier selbst entleiben, wenn diese im Dienste fremdländischer Machtpolitik stehenden politischen Geschäftsmacher die nationale Selbstentäußerung des deutschen Volkes verlangen.“

Ein anderes Scharfmacherorgan hat nun gleichzeitig die „ausländischen sozialistischen Aukuren“, diese „im Dienste fremdländischer Machtpolitik stehenden politischen Geschäftsmacher“ wegen ihres Eintretens für die Abrüstung mit Beifall bedacht. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verzeichnet die folgende Stelle der Rede de Brouckères als besonderes Verdienst:

„Trotz der klaren Versprechungen von Versailles haben die westlichen Nachbarn Deutschlands noch fast ihre gesamte Heeresmacht unter den Waffen. Für Frankreich ist das ein Schrecken, für Belgien eine Dummheit. Wenn wir vielleicht auch noch nicht unsere Regierungen zwingen konnten, die feierlichen Versprechungen zu halten, so müssen wir es immer wieder versuchen. Das gilt besonders für Frankreich... Die Formel: „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ ist lächerlich und purer Hohn. Selbstverständlich muß man Schiedsgerichte einführen. Aber welche Sicherheit ist gegeben in einem Europa, das von Waffen starrt, und solange jeder Unzufriedene an die Waffen appellieren kann? Auch Sanktionen lehnen wir ab, deren Notwendigkeit man gegen Friedensbrüche behauptet.“

Drahtfischer ist eine Lüge kaum zerstört worden, als der Schwindel gegen den Wiener Kongress durch den Widerspruch zwischen den beiden Scharfmacherorganen! Jeder noch so knappe Bericht über die Wiener Verhandlungen ohrfeigt im übrigen die Hege der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Aber dies Scharfmacherorgan zitiert ebenfalls de Brouckères:

Ihr Genossen aus Deutschland, die Ihr heute die Last, aber auch die Ehre des schwersten Kampfes tragt, Eurer Hauptfeind, der Stahlhelm, die Hitlerbande, ist zugleich die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen heute das deutsche Volk ringt und die sich unendlich gesteigert haben, bis zur Weltkrise. Überall seien Kräfte am Werke, um einen neuen Krieg herbeizuführen, der eine schwere Bedrohung der Demokratie bedeuten würde. Ein Sieg der Reaktion in Deutschland, so erklärte der Redner, würde eine Kriegsgefahr für Europa bedeuten.“

Das ist es, was die giftgewollte Hege des Scharfmacherorgans hervorgerufen hat! Daß de Brouckères für die Abrüstung der Siegermächte gesprochen hat, war schon Grund genug zur Erregung, daß er aber auch noch die faschistische Reaktion in Deutschland gebrandmarkt hat, hat einen Wutanfall ausgelöst. Denn die Hitlerbanden und der Stahlhelm sind eine Zukunftshoffnung der industriellen Scharfmacher, eine Hoffnung auf internationale Konflikte, auf deutsche Rüstungen, und damit auf Geschäfte mit Kanonen. Die innige Verbundenheit schwerindustrieller Scharfmacher und faschistischer Organisationen tritt hier glänzend zutage, zugleich aber auch die Verbundenheit der nationalistischen politischen Hege mit der Profitgier der Rüstungsindustrie. Das eine wie das andere ist heute wie früher eine Strömung der Verflüchtigung der Völker, eine Drohung gegen den Frieden.

Der Wiener Kongress zeigt die Kampffront gegen die Kriegsrüstungen wie gegen die dazugehörige nationalistische Verheerung. Der Ausschrei des Organs der deutschen Rüstungsinteressenten zeigt, wie richtig diese Front ist! Die Herrschaften hatten wohl die geheime Hoffnung, mit Hilfe von Rüstungsausträgern den Folgen ihres Bankrotts als Wirtschaftsführer zu entrinnen?

Besteiro Cortes-Präsident.

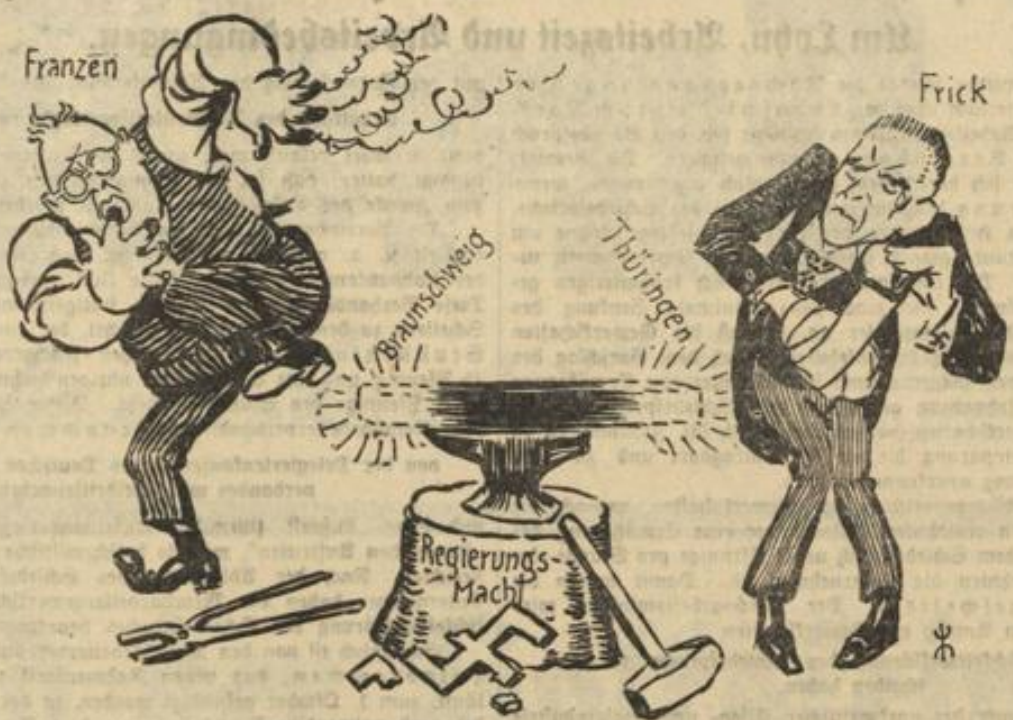
Die provisorische Regierung bleibt im Amt.

Madrid, 28. Juli. (Eigenbericht.)

Die Nationalversammlung wählte den Sozialisten Besteiro endgültig zu ihrem Präsidenten. Nach der Wahl defizierten sämtliche Minister und Abgeordneten einzeln an dem Kammerpräsidenten vorbei.

Im Anschluß daran hielt der Präsident der provisorischen Regierung Zamora eine Rede über die Pflichten und die Bedeutung der Nationalversammlung. Der ihm zuteil gewordene Beifallssturm läßt bereits darauf schließen, daß die Nationalversammlung entschlossen ist, die provisorische Regierung endgültig in ihrem Amte zu bestätigen.

Zwei „Machtpolitiker“



die ein heißes Eisen angefaßt hatten!

Macdonald und der Stahlhelm.

„Der Idealismus der Jugend aller Völker“ — Die Unterhaltung über die wirklichen Ursachen der Krise.

Ministerpräsident Macdonald und Außenminister Henderson empfingen gestern mittag im „Kaiserhof“ die deutsche Presse, deren Vertreter so zahlreich erschienen waren, daß der für den Empfang bestimmte Raum nur ausreichte, weil sie sich im großen Halbkreis stehend um die englischen Staatsmänner gruppierten. Macdonald gab einleitend seiner Freude darüber Ausdruck, nach Berlin gekommen zu sein, um den Londoner Besuch der deutschen Minister zu erwidern, über den man sich in England sehr gefreut habe. Der Zweck seiner Anwesenheit in Berlin sei, die persönliche Fühlungnahme mit den deutschen Staatsmännern, die in London angebahnt worden ist, fortzusetzen. Dabei biete sich Gelegenheit, einen Ueberblick über die Lage zu gewinnen, wie sie sich seit der Londoner Konferenz ergeben hat. Macdonald betonte, daß er erneut die Ueberzeugung gewonnen habe, daß

die Qualitäten des deutschen Volkes,

seine wirtschaftliche und seine finanzielle Stärke auch diesmal über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegbringen werde. Er gebe zu, daß noch weitere Schwierigkeiten zu überwinden seien. Aber er sei überzeugt, daß die Deutschen sich als Volk hindurchringen würden und daß kein Deutscher seine Nation im Stich lassen werde. Der Deutsche sei mit Recht ein stolzer Staatsbürger, und dieser Stolz werde ihm die Kraft geben, die Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn sie überwunden seien, dann heiße es, durch eine Zusammenarbeit der Völker die Beruhigung der internationalen Atmosphäre herbeizuführen. Um dieses Ziel vorzubereiten, seien die deutschen Minister in England gewesen, und aus dem gleichen Grunde weilten die englischen Minister jetzt hier. Zum Schluß unterstrich Macdonald noch, wie erfreut man in England über den überaus freundlichen Empfang gewesen sei, den die englische Flotte bei ihrem kürzlichen Besuch in Kiel gefunden habe. In all dem glaube er Anzeichen für ein lange dauerndes, freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu sehen.

An die Abgabe dieser Erklärung schloß sich ein rotes Frage- und Antwortspiel zwischen den britischen Ministern und den Pressevertretern an, das sich auf die britische Abrüstungspolitik, auf den Kampf gegen die Wirtschaftskrise, auf das Hoover-Jahr und auf die Goldabzüge aus England bezog.

Mit großer Entschiedenheit lehnte Macdonald die frühere britische Politik der „balance of power“ ab, die in diametraler Gegensatz zu der Politik seiner Regierung stehe.

Die Labour-Politik sei umgekehrt auf die Zusammenarbeit der Völker eingestellt; in ihr werde sicherlich auch die Abrüstung erzielt. Auf die Frage nach den möglichen Methoden zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten meinte der Minister, es sei nötig, in steigendem Maße die finanziellen Mittel der Völker gemeinschaftlich zur internationalen Entlastung zu verwenden, die Handelsabkommen zu vermehren und den Protektionismus niederzuringen, dessen Uebertreibung die Welt zum Bankrott führen müßte. Henderson fügt auf eine Zwischenfrage erläuternd hinzu, daß die britische Regierung seit zwei Jahren an der Verwirklichung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Vereinfachung tätig mitwirke und ihren besten Sachverständigen hierfür u. a. den Genfer Arbeiter zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen der europäischen Union zur Verfügung gestellt habe.

Das Hoover-Jahr, so betonte Macdonald, sei ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Beilegung der augenblicklichen Schwierigkeiten. In bezug auf die Goldabzüge aus der Bank von England, von der immer noch und auch in Zukunft das Wort gelte:

„So gut wie die Bank von England“,

meinte Macdonald, es sprächen dabei viel Propaganda und psychologische Motive mit. England habe z. B. bei der Unterstützung Österreichs und Deutschlands willig seinen Beitrag zu den Bedürfnissen der internationalen Zusammenarbeit geleistet und werde das auch weiterhin tun.

Ein Vertreter der Stahlheimpresse erwähnte, daß Macdonald in seinem Toast für Brüning am Montagabend von dem Idealismus der deutschen Jugend gesprochen habe. Macdonald erwiderte darauf, daß er von dem Idealismus und dem guten Willen der Jugend aller Völker gesprochen habe und daß nichts so fürchterlich sei, als wenn die Begeisterungsfähigkeit der Jugend aller Länder durch Feindschaft und Haß verdorben und zerstört würde.

Auf die Frage der Revision der Verträge gestellt, erinnerte Macdonald an seine vor einigen Jahren im Reichstag

gehaltene Rede und betonte, daß die Politik der englischen Arbeiterregierung dauernd in dieser Richtung ginge.

Die Probleme im Hintergrund.

Auf die Frage des Vertreters des „Vorwärts“ nach dem Gegenstand der Berliner Unterhaltungen erklärte Außenminister Henderson, daß sie weit tiefer in die wirklichen Ursachen der deutschen und internationalen Krisis hineingingen, als das Publikum sich im allgemeinen vorstelle. Durch die freundschaftlichen Besuche der englischen, deutschen und französischen Staatsmänner werde die notwendige Vorbereitungsarbeit für spätere Verhandlungen geleistet. Die direkte deutsch-französische Aussprache ist der nächste wichtige Schritt, der in dieser Richtung getan werden muß. Ministerpräsident Macdonald betonte, daß die Fortsetzung erzwungener Exporte die internationalen Schwierigkeiten erhöhe.

Der Sperling.

Der Rechtspreffe ist eine Entdeckung von ungeheurer Tragweite gegliedert. Sie hat festgestellt, daß in unserer Wiedergabe der Rede Macdonalds ein Satz gefehlt habe, in dem Macdonald das Bihelwort von dem Sperling zitiert, der nicht ohne Wissen des Schöpfers vom Dache falle.

Der „Nationalen Opposition“ mag es ja am wichtigsten erscheinen, daß Macdonald von einem Sperling gesprochen hat; bei dem Niveau der nationalistischen Außenpolitik ist ein Sperling schon ein recht belangvoller Gegenstand. Uns erscheint im Augenblick im Zusammenhang mit England der Sterling allerdings wichtiger als der Sperling.

Rettungsfusion in Sachsen.

Dresden, 28. Juli.

Von zuständiger Stelle erfährt WTB-Handelsdienst: Die Verwaltung der sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Kreditbank in Leipzig haben die Vereinigung ihrer Interessen beschlossen.

Ausgehend von der Tatsache, daß unter den heutigen Verhältnissen das Bankgewerbe Deutschlands überflüssig ist, und daß ein Zusammenschluß beider Institute für das sächsische Wirtschaftsleben eine kräftigere Stütze bieten kann als die getrennte Arbeit, erfolgt durch die Vereinigung beider Banken, über die schon seit längerem Erörterungen gepflogen worden sind, die Schaffung eines großen, besonders leistungsfähigen Bankinstituts.

Es dürfte damit zu rechnen sein, daß andere Banken sich der Kombination anschließen. Die Durchführung des Zusammenschlusses ist in der Weise geplant, daß unter der Firma ADK — sächsische Staatsbank eine Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet wird, neben der die sächsische Staatsbank für rein staatliche Zwecke bestehen bleiben wird.

Als ersten Schritt auf diesem Wege haben die sächsische Staatsbank und die ADK eine offene Handelsgesellschaft gebildet, in welche das gesamte Geschäft beider Institute eingebracht wird. Demgemäß hatten beide Banken für ihre Verbindlichkeiten gemeinschaftlich und unbeschränkt. Da gemäß Staatsbankgesetz der Staat für die Verbindlichkeiten der Staatsbank volle Gewähr leistet, bedeutet dies die volle Garantie des Freistaates Sachsen für sämtliche Verbindlichkeiten beider Institute.

Die Beamten beider Banken werden von dem gemeinschaftlichen Unternehmen übernommen.

Der Schritt beider Banken stellt eine bedeutsame Maßnahme zur Kräftigung des Wirtschaftslebens in Deutschland dar. Es dürfte zu erwarten sein, daß das aus der Vereinigung hervorgehende mit Staatshaftung versehene große Institut der sächsischen Wirtschaft einen verstärkten Rückhalt im In- und Auslande gewähren wird.

35 Tote in Chile. Der zurückgetretene Präsident Ibáñez hat argentinisches Gebiet erreicht. Der chilenische Kongress hat ein vierwöchiges Moratorium erlassen. Infolgedessen haben gestern sämtliche Banken ihre Schalter geschlossen. Die Opfer der jüngsten Unruhen werden offiziell mit 35 Toten und 350 Verletzten angegeben. Gegenwärtig herrscht in Santiago Ruhe.

Konflikt in der Schwerindustrie.

Um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen.

Gestern nachmittag fanden die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Lohnschiedspruch Nordwest statt. Das Arbeitsministerium bemühte sich, den Schiedspruch zu einer freien Vereinbarung umzugestalten. Die Gewerkschaften waren an sich bereit, dem grundsätzlich zuzustimmen, wenn eine Verbesserung des materiellen Inhalts des Schiedspruchs, namentlich für die Hilfsarbeiter, deren an sich niedrige Löhne um 5 Pfennig pro Stunde gehoben werden, von den Unternehmern zugestanden würde. Die Unternehmer boten nach langwierigen getrennten Verhandlungen nur eine ganz minimale Senkung des Lohnabzugs für die Hilfsarbeiter an, so daß die Gewerkschaften aller Richtungen das Angebot ablehnten. Nach dem Vorschlag der Unternehmer würden höchstens etwa 3000 Arbeiter eine Ermäßigung von 1 Pfennig Lohnabzug gegenüber dem Schiedspruch erhalten haben. Die Gewerkschaften hätten aber durch die Zustimmung zu einer freien Vereinbarung die an sich untragbare und zu weit gehende Lohnsenkung anerkennen müssen.

Einen Vermittlungsvorschlag der Gewerkschaften, wonach für die am schlechtesten entlohnten Hilfsarbeiter eine Ermäßigung des Lohnabzugs nach dem Schiedspruch um 2 Pfennige pro Stunde eingetreten wäre, lehnten die Unternehmer ab. Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Der Reichsarbeitsminister wird nunmehr über den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu entscheiden haben.

Die Unternehmer der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie sind in der Öffentlichkeit noch nie wegen Bescheidenheit aufgefallen. Die Ausperrung, die sie im Herbst 1928 gegen den vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Lohnschiedspruch durchführten, ist noch in aller Erinnerung, obwohl dieser Gewaltakt bald drei Jahre zurückliegt. Die Forderungen, die die Nordwestlichen den Metallarbeiterverbänden unterbreiteten, nachdem sie den Rahmenvertrag zum 31. Mai d. J. gekündigt hatten, waren gleichfalls nicht bescheiden. Sie verlangten u. a. die Abschaffung der sozialen Zulagen, wie z. B. des Hausstands- und Kindergeldes, die Beschränkung des Urlaubs auf höchstens 6 Tage, die Senkung des Affordriertes von 15 auf 10 Prozent, die Kürzung der Zuschläge für Überarbeit und noch einiges mehr. Alles in allem liefen die Forderungen der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustriellen auf einen

Abbau des Rahmenvertrages um 50 Prozent hinaus. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Rahmenvertrages führten schließlich zu dem Ergebnis, daß der alte Vertrag unverändert bis zum 31. Mai 1932, also um ein Jahr verlängert wurde. Diesen Erfolg mußten die Metallarbeiterverbände allerdings gegen die Konzession einzutauschen, sich mit einer Verkürzung der Geltungsdauer des Lohnabkommens um zwei Monate einverstanden zu erklären. Der Ablauftermin des Lohnabkommens für die nordwestliche Eisen- und Stahlindustrie wurde vom 30. September auf den 1. August vorverlegt.

Wenn die „rote Fahne“ gestern davon faselt, daß diese Vereinbarung ein Geheimabkommen sei, von dem die Mitglieder der Verbände und noch viel weniger die Arbeiteröffentlichkeit etwas erfahren habe, so seien die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen nur daran erinnert, daß wir im „Abend“ vom 18. Mai d. J. über diese Vereinbarung berichteten und daß auch die Funktionäre der organisierten Metallarbeiter der Gruppe Nordwest dieser Vereinbarung zugestimmt haben. Die Führer der Metallarbeitergewerkschaften und deren Mitglieder waren sich darüber klar, daß

mit der Vorverlegung des Ablauftermins des Lohnabkommens die Erhaltung des Rahmenvertrages für ein Jahr

nicht zu teuer erkauft war, zumal die Unternehmer bereits angekündigt hatten, daß sie das Lohnabkommen zum 30. September zum Zwecke des Lohnabbaues kündigen würden.

Die Vereinbarung über die Verlängerung des Rahmenvertrages enthielt u. a. auch die Bestimmung, daß über den Neuabschluss des Lohnabkommens bereits Mitte Juni verhandelt werden müsse. Diese Verhandlungen haben auch stattgefunden und nach ihrem Scheitern zu dem Schiedspruch geführt, der eine Kürzung des Stundenlohnes des 21jährigen Facharbeiters von 78 auf 75 Pfennig, und eine Senkung der übrigen Löhne im Höchstfalle bis zu 5 Pfennige pro Stunde vorsieht. Dieser Schiedspruch ist von den Metallarbeiterverbänden angenommen worden,

von der Delegiertenkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit Zweidrittelmehrheit

und ohne „äußerst stürmische Auseinandersetzungen“ oder nach „stürmischen Ausritten“, wie die bolschewistische Presse ihren Lesern berichtet. Nach der Ablehnung des Schiedspruches durch die Unternehmer haben die Metallarbeitergewerkschaften die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt.

Schließlich ist von den Metallarbeiterverbänden das Arbeitszeitabkommen, das neben Rahmenvertrag und Lohnabkommen läuft, zum 1. Oktober gekündigt worden, in der Absicht, endlich die dringend notwendige Verkürzung der Arbeitszeit in der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie herbeizuführen. Die Arbeitszeit beträgt in der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie mit Einschluß der weiterverarbeitenden Industrie zur Zeit

für ungefähr 38 Proj. der Arbeiter 57 Stunden je Woche, für etwa 32 Proj. 52 bis 54 Stunden, für annähernd 24 Proj. 48 Stunden und für etwa 6 Proj. noch 60 Stunden.

Mit diesen skandalösen Arbeitszeiten muß endlich aufgeräumt werden!

Von einer nicht zu überbietenden Unwissenheit strahlt ein Kommentar der kommunistischen „Welt am Abend“. Da heißt es wörtlich:

„Die Unternehmer haben es jetzt jederzeit in der Hand, die Tarife zu irgendeiner Zeit zum Zwecke des Lohnabbaus zu kündigen, und zwar nicht nur in Nordwest, sondern im ganzen Reich. Damit haben die Gewerkschaften sich selber als Totengräber des Tarifsystems enthüllt, nachdem sie schon durch die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Aufrechterhaltung der Rotverordnung, die bekanntlich ebenfalls umfangreiche Lohnabbaumaßnahmen unter offenem Bruch der Tarife vorsieht, den Unternehmern die Bahn freigegeben haben zu einer neuen Generalkonferenz auf die Löhne.“

Ueber die Zweckmäßigkeit, die Sozialdemokratie habe ihre Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Rotverordnung gegeben, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Was die Behauptung betrifft, die Unternehmer hätten es nunmehr in der Hand, jederzeit im ganzen Reich die Tarife zu kündigen, sind wir bereit, jederzeit 1000 Mark dem zu zahlen, der den Nachweis erbringt, jemals einen größeren Blödsinn veröffentlicht zu haben. Stutzend werden die Unternehmer feststellen, daß zwar ihr Wunsch der Vater dieses kommunistischen Blödsinns, dieser aber leider ein unerreichbares Ideal ist.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sonnabend, den 1. August 1931, im Saal des Film- und Bildamtes der Stadt Berlin, Levetzowstr. 1-2

ANTIKRIEGSVERANSTALTUNG

Film: „Die Sonne.“

Martha John, Rezitationen Kapelle Schaebehal, Musik
Kostenbeitrag 30 Pfennig Einlaß 19 Uhr, Beginn 19 $\frac{1}{2}$ Uhr

fern bleibt; jeder kann sich die Arbeit frei auswählen, die ihm liegt. Freiwillig in der Fortsetzung: Wem die Arbeit nicht zusagt, wer mit Unterkunft oder Verpflegung nicht zufrieden ist, wenn die Kameraden nicht passen, oder wer sonst Gründe zur Abwehr hat, kann fortgehen, ohne daß das Arbeitsamt ihm Schwierigkeiten bereitet. Hier liegt ein grundlegender Unterschied nicht nur gegenüber der Arbeitsdienstpflicht, sondern auch gegenüber der Pflichtarbeit, die die Unterstützung an die Bedingung knüpft, daß der Unterstützte gemeinnützige zusätzliche Arbeit leistet, aber auch gegenüber der Rotstandsarbeit, die der Unterstützte bei Strafe des Unterstützungsverlustes annehmen muß, wenn nicht einer der besonderen gesetzlichen Ablehnungsgründe gegeben ist.

Wichtig ist das Wort von der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ weniger ein Produkt der Verwirrung der Begriffe, als vielmehr ein Ausdruck, der sehr treffend die ganze Situation des Kampfes um den Arbeitsdienst kennzeichnet. Man darf nicht vergessen, daß vor der Etablierung des freiwilligen Arbeitsdienstes die Arbeitsdienstpflicht das Lieblingsheima der Leute war, die mit Vorliebe über die Faulheit der Arbeitslosen schimpften. Arbeitsdienstpflicht — sie wollte man haben, und sie will man auch heute noch, wenn sie auch zunächst infolge der Kosten nicht in großem Stil durchgeführt werden konnte. Der freiwillige Arbeitsdienst ist nichts anderes als eine Art Rückzugstellung der Propagandisten der Arbeitsdienstpflicht. Die Freiwilligkeit des Dienstes ist kein Zugeständnis an die Gegner der Arbeitsdienstpflicht, sondern Taktik.

Buchdrucker zu den Zeitungsverboten.

Eingabe des Vorstandes an den Innenminister.

Die durch Zeitungsverbote entstandenen Schädigungen der Buchdruckerarbeitserschaft haben den Vorstand des Buchdruckerverbandes veranlaßt, an den Reichsinnenminister eine Eingabe zu richten, der wir folgendes entnehmen:

In den letzten Monaten haben die Verbote von Zeitungen und Zeitschriften erheblich zugenommen. Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wird die Zahl der Verbote von periodisch erscheinenden Druckschriften voraussichtlich eine weitere Steigerung erfahren. Wir verkennen nicht, daß in politisch unruhigen Zeiten, wie den gegenwärtigen, besondere Maßnahmen getroffen werden müssen, die zur Erhaltung des republikanischen Staatswesens und seiner Einrichtungen für notwendig gehalten werden.

Die Verbote der periodisch erscheinenden Druckschriften, ganz besonders die Verbote von Tageszeitungen auf längere Zeit, wirken

sich aber so aus, daß die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zu erleiden hat. Die im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter sind nach dem Arbeitsvertrag gezwungen, alle Druckerzeugnisse, ganz gleich welcher politischer Richtung diese dienen, herzustellen. Die Buchdruckerarbeiter haben keinerlei Einfluß auf den Inhalt dieser Druckerzeugnisse und müssen daher auch jedwede Verantwortung dafür abzuliefern.

Bei Zeitungsverboten hat die Arbeiterschaft die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zu tragen, während die Verlage, die die Verbote verschulden, meistens ohne oder doch nur mit verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Schäden davonkommen. Die Redakteure, die doch in allen Fällen das Verbot einer Zeitung verschulden, erleiden keine wirtschaftlichen Schäden, und so geht es ebenfalls mit allen anderen von den Verlagen angestellten Personen. Hauptleidtragende bei Zeitungsverboten sind die bei der technischen Herstellung der Zeitungen beschäftigten Buchdruckerarbeiter: Setzer, Drucker, Stereotypen- und Hilfsarbeiter.

Unser Ersuchen geht nun zunächst dahin, daß von Zeitungsverboten nur in den allerdringendsten Fällen Gebrauch gemacht und die Verbotsdauer nicht allzu lange ausgedehnt wird, damit die für die Buchdruckerarbeitserschaft daraus entstehenden Schäden möglichst ferngehalten werden. Das Verbot einer Zeitung soll doch eine Bestrafung des Herausgebers, des Verlegers und der Redakteure sein. Das Verbot in seiner jetzigen Form trifft aber diese nicht, sondern den völlig unschuldigen Arbeiter, der meist mit der kürzesten tariflichen zulässigen Frist entlassen wird und auch noch die vor dem Bezuge der Arbeitslosenunterstützung liegende Wartezeit durchzumachen hat.

In Fällen, wo sich nach Ansicht der Behörden ein Verbot nicht umgehen läßt, muß dafür gesorgt werden, daß die schuldlos gewordenen Arbeiter von Reich wegen einer Unterstützung erhalten, die ihnen über die Verbotsdauer hinweghilft, und daß den Arbeitern sofort nach der Entlassung die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird.

Ein Pyrrhussieg.

Nach dem Letztstreik in Nordfrankreich.

Der Ausgang des Streiks der Textilarbeiter in Nordfrankreich ist zwar eine Niederlage für die Arbeiter und ein Sieg des „Konsortiums“, der Unternehmerorganisation, die unter Führung des Herrn Ley steht, aber dieser Sieg ist zu teuer erkauft, um ein Erfolg zu sein.

Der Streik hat zehn Wochen gedauert. Wenn das Konsortium die Absicht hatte, dem Lohnabbau auch in Frankreich eine Gasse zu bahnen, so ist sein Sieg zu kostspielig, um zur Nachahmung zu reizen.

Bemerkenswert ist dabei, daß der Lohnabbau als wirtschaftliches Glaubensbekenntnis zur Heilung der Krise, wie er in Deutschland seit Jahr und Tag gepredigt wird, in Frankreich bislang unbekannt geblieben ist. Wohl gab es und gibt es auch in Frankreich als Folge der Krise einen Lohnabbau. Doch ist dieser mehr eine Einzelercheinung. Wenn ein Arbeiter oder Angestellter, der arbeitslos ist, wieder in Stellung tritt, dann begnügt er sich manchmal mit ungünstigeren Lohnbedingungen.

Als Kollektivversicherung kennt man den Lohnabbau in Frankreich nicht. Auch die Schwerindustriellen haben ihn niemals in Frankreich ihren Mitgliedern empfohlen oder den Versuch gemacht, unter Ausnutzung der Krise eine allgemeine Kürzung der Löhne durchzusetzen. Unbekannt sind in Frankreich auch die Unternehmer, die die Senkung der Löhne als Voraussetzung für die Steigerung des Absatzes empfehlen. Es gibt auch keinen Arbeitsminister in Frankreich, der dieses Axiomot auf den tausenden Menschenverstand zur politischen Glaubenslehre erhebt.

Wenn jetzt etwa die Hälfte der 130 000 Arbeiter, die in Nordfrankreich gegen das Diktat des Konsortiums gekämpft haben, sich nunmehr unter dieses Diktat beugen müssen, so können sie es immerhin in dem Bewußtsein tun, daß ihr hartnäckiger Widerstand zweifellos verhindert hat, daß andere Unternehmergruppen dem Beispiel der nordfranzösischen Textilindustriellen folgen werden. Wohl gibt es in Frankreich auch bürgerliche Blätter, die ganz offenkundig mit ihren Sympathien auf der Seite der Textilindustriellen stehen. Die große Mehrheit der bürgerlichen Blätter, vor allem aber die Blätter, die eine große Auflage haben, stehen mit ihren Sympathien ganz unvorhergesehen auf der Seite der Streikenden.

Wenn die Kommunisten, die in Nordfrankreich noch einigen Anhang haben, auch den Versuch machten, durch Klamauk und Straßenkrawalle die Führung an sich zu reißen, so hat die erdrückende Mehrheit der Streikenden sich um die Parolen der Kommunisten nicht gekümmert. Nur so war es auch möglich, mit Hilfe einer großzügigen Unterstützungsaktion den Widerstand der Arbeiter bis zu einem Punkte aufrechtzuerhalten, wo der Sieg des Konsortiums ein Pyrrhussieg werden mußte.

Zur Beilegung des Tarifstreiks im Schneidergewerbe ist vom Reichsarbeitsministerium Dr. Brahn als Schlichter beauftragt worden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute um 19 $\frac{1}{2}$ Uhr sagen die Gruppen: Baumgartenweg; Jugendheim Baumgartenweg; Ernststr. 15; Tagespolitische Kroger. — Weisstraß: Gruppenheim Weisstraß, Poststr. 36; Die französische Kommune. — Humboldt: Jugendheim Graum. (Ede Vorplatzstr.); Die Wurzeln gehalten den Abend aus. — Nordring: Schule, Sonnenburger Str. 30; Berliner Eichen. — Südwest: Jugendheim Poststr. 11 (Gebäude); Der Jogh. — Neustadt: Jugendheim Poststr. 20 (Hof); Gewerkschaftliche Tagespolitik. — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1; Sozialismus und Wehrhaftigkeit. — Schönberg: Hauptstr. 13 (Gartenhaus); Reichslistenklub.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Freie, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Gesangsgruppen: Jugendheim Schönbergstr. 1; Antikriegsabend. — Schönberger Vorhölzer: Jugendheim der Schule Rosenstraße 31; Prellspielabend. — Nordhof: Jugendheim Dauliger Str. 62; Vortrag: „Wir sind gegen Krieg“. Ref.: Köhl. — Reinickendorf: Jugendheim Lindauer Str. 2 (Parade); Arbeiter Abend, Zeitung; Duhle. — Straßla: Jugendheim der Schule Köhlstr. 61; Prellspiel und Vortragsabend. — Oberspre: Schule in Rieberschneide, Berliner Str. 31; Eingang Hallenwerder Straße; Arbeitsgemeinschaft: „Angestelltenbewegung“. Leiter: Holz. — Köpenick: Jugendheim Töhlinger Str. 15 (Gartenhaus, am Bahnhof Köpenick); Vortragsabend. — Neukölln: Jugendheim Köpenicker Str. 1-4; Ede Rannestraße; Vortragsabend. Leiter: Weisstr. — Südost: Jugendheim Hauptstr. 13; Wir leben Steigerröhre. — Schönberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus); Sachverständigen. Vortrag: „Wie wieder Krieg“. Referent: Arns. — Charlottenburg: Jugendheim Spielbogenstraße 4; Vortrag: „Mütter die Welt ab“. Referent: Prof. Dieblich. — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1; „Die Jugend ist gegen Krieg“. — Potsdam-Romanes: Jugendherberge in Romanes. Vortragsabend. Antikriegsabend. — Sportabteilung: Nebensprengel, 31 Uhr, in der Südböschung Friedhof, Beilingshagenstr. — Spiele im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedhof.

Beamtenschaft für Volkst. Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: S. Geiger; Revolution: Dr. John Schönmatt; Politik und Sozialismus: Fritz Roth; Anzeigen: H. Köder; Märkte in Berlin. Berlin: Nordwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag, Buchdruckerei- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Straße 2 Beilagen.

Zwischen 2 Zigaretten 3 **Waldbrand** Tableten, das verhilft den Raucherkatarrh nimmt dem Atem den Tabakeruch

Wirtschaftsführung!

Aufgekauft — stillgelegt.

Nienburg a. d. S., 28. Juli.

Die Concordia, Portlandzement- und Kalkwerke A.-G. Nienburg a. d. S., beabsichtigt, ihren Betrieb vorläufig stillzulegen. Die Stilllegung soll in etwa vier Wochen erfolgen. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Betriebes läßt sich noch nicht voraussagen. Die vorläufige Stilllegung soll auf Grund einer Vereinbarung vorgenommen werden, die die Gesellschaft mit dem Norddeutschen Zementverband getroffen hat.

Vor wenigen Tagen berichteten wir, daß wider Erwarten der Verhandlungsvertrag des Norddeutschen Zementkartells verlängert worden ist, obwohl seit Monaten alle Beteiligten aufs Plagen des Kartells gerüstet waren. Die Verlängerung kam dadurch zustande, daß die drei Außenleiter, die bisher das Kartell rüchichtslos unterboten hatten, dem Verband beigetreten waren. Noch nicht eine Woche später kommt obenstehende Nachricht, daß ein der Außenleiterwerke stillgelegt wird.

Der Schluß ist sehr einfach: das Kartell hat sich die Befreiung der Außenleiterkonzurrenz etwas kosten lassen, d. h. es hat die Außenleiter einfach aufgekauft. Wieder einmal ist die Kapitalverschwendung in der deutschen Zementindustrie an einem Beispiel festzustellen. Die Kosten tragen natürlich die Arbeiter und die Verbraucher. Der Norddeutsche Zementverband hat die Produktion der billigen Zementorten eingestellt, was einer Verkeuerung des Zementbezugs um etwa 20 Proz. gleichkommt. So sieht die Kapitalpolitik der deutschen Wirtschaftsführer aus!

Nochmals freiwilliger Arbeitsdienst.

Was ist er nicht und was ist er?

Was ist der freiwillige Arbeitsdienst nicht? Er ist weder Arbeitszwang noch modernes Sklaventum, nicht Soldatenspielerei und nicht die Schaffung einer Prätorianergarde der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion, weder amtliche Förderung des Lohndrucks noch öffentliche Organisierung von Streikbrechern noch schuflose Ausbeutung der Arbeitskraft.

Diese Definition des freiwilligen Arbeitsdienstes nach der negativen Seite hat in gewissem Sinn offiziellen Charakter. Sie stammt von Oberregierungsrat Benda-Berlin, der in dem soeben erschienenen neuesten Reichsarbeitsblatt (Heft Nr. 21) eine Art Geleitwort zur Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht. Die Arbeitsämter und vor allem die Arbeiter selbst müssen jetzt also, was der freiwillige Arbeitsdienst nicht sein soll.

Von besonderem Interesse in den Ausführungen Bendas ist die Unterstreichung der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes. Er sagt: „Nichts kennzeichnet besser die Verwirrung der Begriffe als das Wort von der ‚freiwilligen Arbeitsdienstpflicht‘, das in letzter Zeit des öfteren zu lesen war. Sie ist freiwillig im Beginn; niemand hat Nachteile vom Arbeitsamt zu gewärtigen, wenn er ihr